

Votre commission, par 16 voix contre 1, vous propose d'accepter la décision du Conseil des Etats.

Angenommen – Adopté

Art. 121 Abs. 2bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 121 al. 2bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Keller Anton (C, AG), Berichterstatter: In einem Absatz 2bis hat der Ständerat seinem Anliegen Ausdruck gegeben, dass die Mitwirkung der Kommandanten der Korps sichergestellt ist, die ja die Truppe repräsentieren.

Wir erachteten diese Festschreibung als nicht nötig, weil es selbstverständlich ist, dass die Meinungen der Korpskommandanten bei der Vorbereitung von wesentlichen Entscheidungen des EMD mit einbezogen werden; deswegen haben wir Ihnen damals empfohlen, diesen neuen Absatz zu streichen.

Wir können uns indes gleichwohl anschliessen, wenn der Ständerat darauf beharrt. Wir erachten es zwar nicht als nötig, dies hier ausdrücklich zu sagen, es ist jedoch zweifellos richtig, dass der Einbezug erfolgt.

Der Ständerat hat im übrigen noch eine Veränderung gegenüber seinem ursprünglichen Vorschlag vorgenommen, indem er «Mitwirkung» durch «Mitsprache» ersetzt, was präziser ist und genau dem entspricht, was hier gemeint ist: Die Kommandanten der Korps sollen ihre Meinung in der Geschäftsleitung des EMD zum Ausdruck bringen können, aber den Entscheid wird dann der Bundesrat respektive der Chef EMD fällen. Das ist mit dem Wort «Mitsprache» sichergestellt.

Die Kommission bittet Sie, und zwar einstimmig, sich dem Ständerat anzuschliessen.

Savary Pierre (R, VD), rapporteur: L'article 121 consacre la primauté du politique sur le militaire. Dans l'ancienne organisation militaire, la direction suprême des affaires militaires était du ressort de la Commission de défense militaire. Le Conseil des Etats estime que ce que le Conseil fédéral a prévu est insuffisant et demande que la collaboration des commandants de troupe, en l'occurrence les commandants de corps d'armée, soit indispensable pour toutes les questions fondamentales de la défense nationale. Notre Conseil avait été plutôt réticent à cette collaboration. Une nouvelle formulation a été trouvée et on ne parle plus de collaboration avec les commandants de troupe, mais de consultation.

La commission, à l'unanimité, accepte cette façon de procéder et vous propose également, à l'unanimité, d'éliminer cette divergence.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

91.019

Bundesverfassung. Sprachenartikel Constitution fédérale. Article sur les langues

Differenzen – Divergences

Siehe Jahrgang 1993, Seite 1541 – Voir année 1993, page 1541

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1994

Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1994

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Robert, Fehr, Kern, Maeder, Schmid Peter, Steffen)

Aufschiebung der Vorlage

bis der Bundesrat dem Parlament den Entwurf zur Totalrevision der Bundesverfassung unterbreitet hat; längstens aber bis Dezember 1996.

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Robert, Fehr, Kern, Maeder, Schmid Peter, Steffen)

Report du traitement du projet

jusqu'à ce que le Conseil fédéral ait soumis au Parlement le projet de révision totale de la Constitution fédérale; cependant, au plus tard jusqu'en décembre 1996.

Bundi Martin (S, GR), Berichterstatter: Wir befassen uns zum zweiten Mal mit dem Sprachenartikel. Das erste Mal war es vor fast eineinhalb Jahren, nämlich in der Session, die wir in Genf abhielten (Herbstsession 1993). Wir haben es auch bei dieser Vorlage mit dem helvetischen Tempo zu tun.

Die nationalrätliche Kommission hat sich bemüht, eine neue Version des Sprachenartikels zu schaffen, die eine kompakte Formulierung darstellt, inhaltlich das Notwendige abdeckt, Einwände des Ständerates teilweise berücksichtigt und damit auch konsensfähig sein sollte.

Auf der ersten Seite der Fahne finden Sie gut übersichtlich unseren Antrag neben dem letzten Beschluss des Ständerates dargestellt. Die Kommission hielt mehrheitlich fest, dass nach wie vor ein klarer Bedarf, ja geradezu ein Gebot besteht, drei Dinge in Artikel 116 der Bundesverfassung festzuschreiben:

1. das Anliegen nach Förderung der Verständigung und des Austausches unter den Sprachgemeinschaften;
2. die Notwendigkeit von besonderen Massnahmen von Bund und Kantonen zur Erhaltung und Förderung bedrohter Landessprachen;
3. die Erhebung des Rätoromanischen zur Teilamtssprache des Bundes.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Fassung die echten und prioritären sprachpolitischen Grundsätze unseres Landes aufgreifen und mit der verfassungsrechtlichen Verankerung auch dem Sinn und Wortlaut diverser internationaler Konventionen Rechnung tragen. Nun zu unseren Anträgen:

1. Der Absatz 1 von Artikel 116 entspricht dem heute gültigen Verfassungstext, inhaltlich besteht keine Differenz zum Ständerat. Unser Text ist nur etwas moderner formuliert; er enthält nicht die etwas altertümliche Bezeichnung «Nationalsprachen», sondern spricht von Landessprachen. Diese Version betrifft nur den deutschsprachigen Text.

2. In Absatz 2 haben wir an unserem früheren Beschluss (vgl. Abs. 3; AB 1993 N 1559) festgehalten, wonach Bund und Kantone die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften fördern.

Dieses Anliegen wurde im Rahmen der Verständigungsdebatten in beiden Räten prioritär eingestuft. Es wurde mit einer Mo-

tion beider Räte an den Bundesrat überwiesen, zusätzlich in einem Postulat des Nationalrates unterstützt, in den Vorschlägen der parlamentarischen Gruppe für Kulturfürsungen zuvorderst aufgeführt, von zwei Deutschschweizer Sprachvereinigungen in ihren Eingaben an unser Parlament gefordert und von vielen Mitbürgern stets wieder in den Medien verlangt. Es sollte nicht nur Worthölse bleiben, sondern als Grundsatz in der Verfassung figurieren, da es ein echtes Problem darstellt.

3. Absatz 3 regelt die Hilfe von Bund und Kantonen gegenüber bedrohten Landessprachen. Im Kern sind sich Nationalrat und Ständerat einig, dass dies eine Notwendigkeit ist; es ist wichtig, dass in der Verfassung auch der Begriff der Bedrohung verankert wird. Das heisst, dass damit auch anerkannt wird, dass eine der vier Landessprachen heute in ihrer Existenz bedroht ist.

Unsere Kommission schlägt eine bessere Formulierung vor. Sie ist der Meinung, dass man gerade in einem bedrohten Sprachgebiet nicht das Territorialprinzip allein fixieren soll – ohne daneben gleichzeitig auch die Sprachenfreiheit zu nennen –, wenn man es für die übrige Schweiz nicht explizit tut.

In gewissen oberflächlichen Pressemeldungen wurde verbreitet, dass der Ständerat am Territorialprinzip festgehalten habe und wir es dann gewissermassen aus dem Entwurf «hinausgeworfen» hätten. Das ist nicht so. Der Ständerat hat es speziell, nur gerade im Hinblick auf diese besonderen Massnahmen gegenüber dem Rätoromanischen, vorgesehen. Nachdem man feststellen muss, dass es überhaupt nicht zweckmässig ist, gerade dort dieses Prinzip anzuwenden, wo es bei der Ausführung lauter Schwierigkeiten mit sich bringen würde, ist nicht einzusehen, warum es unbedingt aufgezwungen werden soll. Der Begriff des «überlieferten Sprachgebietes» (gemäss Beschluss des Ständerates Abs. 1) würde bei der Auslegung, bei der Realisierung, mehr Schwierigkeiten als Vorteile bringen. Diese einseitige Fixierung ist unseres Erachtens deshalb nicht nur überflüssig, sondern sie wäre auch schädlich.

Wir brauchen in einem bedrohten Sprachgebiet flexible Lösungen. Deshalb genügt die unausgesprochene Bedeutung sowohl der Sprachenfreiheit als auch des Territorialprinzips, die schon im bisherigen Absatz 1 enthalten ist.

Unsere Kommission erachtet es als nötig, dass man nicht nur von Erhaltung, sondern auch von Förderung redet und dass der Bund anstatt auf «Begehren» im «Einvernehmen mit» den betroffenen Kantonen handeln soll. Einerseits will man damit ausschliessen, dass der Bund eventuell beliebige Begehren von Kantonen erfüllen müsste, andererseits will man es aber auch ermöglichen, dass er ausnahmsweise von sich aus gegenüber einer sprachfördernden Institution Unterstützung gewähren kann.

Das Subsidiaritätsprinzip bleibt im Rahmen des sogenannten Einvernehmens nach wie vor gewährleistet; es besteht deshalb kein Grund zur Befürchtung, dass der Bund etwas gegen den Willen eines Kantons unternähme.

4. Der Absatz 4 schliesslich ist unverändert übernommen worden; es gibt keine Differenzen über die vorgesehene Amtssprachenregelung.

Wie hat die Kommission die ganze Sache beurteilt? Die Kommission hat sich ihre Arbeit nicht leichtgemacht; sie hat sich in einem Grundsatzbeschluss mit 14 zu 5 Stimmen, also mit klarem Mehr, für Festhalten am Sprachenartikel entschieden. Ein Abbruch der Übung nach Diskussionen während etwa zehn Jahren müsste als Eingeständnis der Ohnmacht des Parlamentes gewertet werden, ein wichtiges Landesproblem zu lösen. Es wäre auch ein Zeichen der Schwäche im Hinblick auf von uns mitzutragende internationale Konventionen.

Auch die Aufschiebung der Vorlage, bis der bundesrätliche Entwurf zur Totalrevision der Bundesverfassung vorliegt, wie es die Minderheit Robert hier beantragt, ist keine Lösung. Die Kommission lehnte einen entsprechenden Antrag mit 13 zu 6 Stimmen ab; und ich beantrage Ihnen auch entschiedene Ablehnung des Minderheitsantrages.

Die Textvorlage der Kommissionsmehrheit wurde aufgrund verschiedener Anträge nach Einzelabstimmungen über die diversen Elemente erarbeitet. Ein Ausschuss der Kommission führte daraufhin mit der vorberatenden Kommission des Stän-

derates ein Gespräch darüber. Zweck desselben war es, aufzuzeigen, dass wir gewillt sind, zusammen mit dem Ständerat eine Konsenslösung anzustreben.

Der Mehrheit der Kommission erscheint die von ihr beantragte Fassung als ausgewogen und zweckmässig, als ein mit gutem Inhalt gefülltes Gefäss. Bei dieser Vorlage besteht kein Anlass zur Befürchtung, dass sie in einer Volksabstimmung nicht Erfolg haben könnte. Die Rettung einer bedrohten Minderheitensprache und die Förderung der Verständigung unter den Sprachgemeinschaften sind dem Schweizer oder der Schweizerin wohl einen Gang zur Urne wert.

Noch eine Bemerkung zum internationalen Kontext. Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs zur internationalen Dimension dieser Vorlage.

Die Schweiz steht vor der Aufgabe, die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen zu ratifizieren. Diese wurde 1992 unterzeichnet und durchlief soeben bei uns ein Vernehmlassungsverfahren. Im November 1994 erliess der Ministerrat des Europarates zusätzlich eine Rahmenkonvention zum Schutze der nationalen Minderheiten. Die Beratung dieses Abkommens steht uns demnächst auch bevor. In beiden Dokumenten werden von den Signatarstaaten entsprechende, zum Teil klar umschriebene Massnahmen zur Gewährleistung von Gebiet und Substanz ihrer sprachlichen Minderheiten gefordert.

Soll die Schweiz wieder einmal nein zu solchen Konventionen sagen müssen, sich erneut ins Abseits stellen, weil sie ein sensibles innenpolitisches Erfordernis nicht lösen will? Ist es nicht gescheiter, mutig und autonom das nun anstehende Problem anzupacken und eben diesen Sprachenartikel spektiv zu verabschieden? Die Einstellung zu diesem Artikel wird nämlich zum Gradmesser für die Ernsthaftigkeit, mit welcher wir so häufig die Viersprachigkeit und die kulturelle Vielfalt unseres Landes lobpreisen. Sie wird sozusagen zur Lackmusprobe, ob alle unsere Beteuerungen nur leeres Geschwätz oder wirkliches Bekenntnis zum Handeln sind. Denn dieser Sprachenartikel bildet die glaubwürdige Voraussetzung für unsere Teilnahme an den beiden erwähnten europäischen Konventionen.

Ein letzter Hinweis auf die Schweiz als Willensnation: Der bekannte Schweizer Publizist Oskar Reck hat kürzlich in einer Kolumne die heutige schweizerische Selbstentfremdung als bedrückend bezeichnet. Die Idee der Willensnation beginne zu welken, ohne dass an ihre Stelle etwas Gleichwertiges trete. Wörtlich hat er ausgeführt: «Die Kulturen, die unseren Kleinstaat prägen, sind unser höchstes Gut und verdienen also unsere grösste Aufmerksamkeit. Wenn wir die Willensnation nicht bis zur völligen Sinnentleerung aushöhlen wollen, müssen wir Sorge zu unseren Landessprachen tragen.»

Dem ist nichts beizufügen; wer diese Meinung teilen kann, muss unbedingt heute auch zum vorliegenden Sprachenartikel ja sagen.

Caccia Fulvio (C, TI), rapporteur: On aborde aujourd'hui le cinquième passage de cet article constitutionnel devant les organes de nos institutions. Après le Conseil fédéral, le Conseil des Etats, une première fois, notre Conseil, de nouveau le Conseil des Etats, on en arrive maintenant à la cinquième fois. Entre la dernière décision du Conseil des Etats et aujourd'hui, la commission du Conseil national a créé un groupe de travail, a rencontré la commission du Conseil des Etats, afin de trouver des convergences et, finalement, s'est décidée à vous proposer la nouvelle version de l'article 116 de la constitution, que vous trouvez sur le dépliant.

Dès le début, quatre volets nouveaux figuraient dans le projet du Conseil fédéral par rapport au contenu actuel de l'article 116. Le premier volet concernait la garantie de la liberté de la langue; le deuxième, la protection des langues menacées; le troisième, l'encouragement de la compréhension et des échanges entre les communautés linguistiques; le quatrième, un nouveau statut du romanche.

A propos du dernier volet, il n'y a pas eu de contestation. C'est le seul élément du projet du Conseil fédéral qui est passé à travers toutes les délibérations des deux Conseils sans susciter de discussion importante.

Le thème de l'encouragement de la compréhension et des échanges entre les communautés linguistiques a résisté au premier passage devant le Conseil des Etats, mais a été éliminé par sa deuxième décision. Il n'est pas contesté dans sa substance, mais plutôt dans son opportunité. C'est pourquoi votre commission l'a repris et l'a introduit à l'article 116 alinéa 2 de sa nouvelle proposition.

Quant au premier volet, la garantie de la liberté de la langue, c'est l'élément le plus contesté, et même de façon irrémédiable par le Conseil des Etats.

Concernant la protection des langues menacées, comme lors de la première décision de notre Chambre, votre commission est aujourd'hui encore de l'avis que, sans garantie de la liberté de la langue dans la constitution, on ne peut pas accepter d'y introduire le principe de territorialité pour orienter la protection des langues menacées. Par contre, la protection de ces langues n'est pas contestée en soi.

Sur les compétences à propos des mesures de protection, il reste quelques divergences. Le Conseil des Etats a décidé à l'alinéa 1er: «A la demande des cantons concernés, la Confédération soutient des mesures...» Votre commission propose à l'alinéa 3: «En accord avec les cantons concernés, la Confédération encourage les mesures visant à sauvegarder et à promouvoir les langues nationales menacées.» La divergence subsiste avec le Conseil des Etats, à l'alinéa 3 proposé par votre commission, tant sur le principe de la territorialité que sur les compétences.

Quelques remarques: le consensus est très difficile dans ce domaine, bien que l'on constate un peu plus de souplesse dans le débat en général. La cause est vraisemblablement à chercher dans le fait que le débat est resté trop longtemps un débat de spécialistes, tandis que le débat politique et public a démarré très tard. Il y a eu plus de débats au cours de 1994 que durant toutes les années précédentes. On a probablement sous-évalué le «gap» qui existe entre les spécialistes des problèmes linguistiques et les politiques. Dans ce domaine, les difficultés doivent en tout cas être prises au sérieux. Je considère qu'elles sont le signe des problèmes qu'on a trop longtemps oubliés dans le débat sur l'état du pays. Dans ces années quatre-vingt-dix, il y a eu suffisamment d'éléments qui montrent qu'il est nécessaire, et même urgent, de reprendre un débat de fond sur les conditions qui permettent une vie confédérale satisfaisante et qui garantissent un futur comme chacun l'espère.

C'est aussi sur la base de ce genre de considérations que les membres de la minorité de la commission proposent de reporter ce débat dans le cadre de la révision totale de la constitution. La majorité de la commission est d'avis qu'il faut tout essayer pour arriver à un résultat raisonnablement satisfaisant. Trop d'attentes ont été suscitées, surtout auprès des Romanches, pour tout arrêter pour plusieurs années.

D'un autre côté, l'article qui est proposé par la majorité de la commission est beaucoup moins faible que ce que l'on veut faire croire. Il contient toutes les compétences nécessaires à la Confédération dans tous les domaines importants. La territorialité est applicable exclusivement par les cantons et dans les cantons – dommage qu'au cours de l'évolution de ce débat on ait perdu la garantie de la liberté de la langue!

La proposition de la majorité de la commission est très ouverte sur les futurs développements et elle permet l'adoption de mesures de soutien d'une langue menacée, même en dehors du territoire actuel de diffusion. Je rappelle à ce propos les remarques faites par un représentant romanche au sein de notre commission. Il disait: «Il faut faire attention, le 30 pour cent des Romanches vivent en dehors de ce que l'on peut appeler aujourd'hui le territoire de diffusion du romanche comme tel.» La communauté linguistique du rhéto-roman est déjà tellement réduite que, si on oublie les mesures qui servent aussi ce 30 pour cent, les efforts de sauvegarde du rhéto-roman seront évidemment beaucoup affaiblis.

Enfin, je voudrais rappeler le rôle exemplaire qu'on attend toujours de la Suisse dans la façon dont elle considère et dont elle traite ses minorités linguistiques. Or, ce rôle exemplaire de la Suisse ne peut pas simplement reposer sur l'affirmation du seul principe de territorialité. Les problèmes de beaucoup de

pays où les minorités sont mélangées sont du même type que ceux qu'on a chez nous dans les communes bilingues. Alors, je pose la question: A quoi sert le principe de la territorialité dans une commune bilingue? A quoi servirait le principe de la territorialité dans une ville comme Bienne où les deux communautés vivent l'une à côté de l'autre, ou mieux, l'une dans l'autre, vu qu'on n'a pas de frontière linguistique à l'intérieur de la commune elle-même? Je pense que le rôle de la Suisse n'est pas de tracer des frontières, mais plutôt de montrer sa capacité de construire des ponts entre les communautés linguistiques et de montrer que près de 150 ans d'Etat fédéral ont permis une évolution dans les rapports entre ses communautés linguistiques qui peut être exemplaire pour les autres pays, en Europe et en dehors de l'Europe, confrontés avec des minorités ethniques et linguistiques. Nous devons montrer que le système de rapports et de relations que nous avons et que nous pratiquons depuis 150 ans dans notre Etat fédéral a permis une évolution.

La majorité de la commission vous propose de soutenir sa proposition et d'essayer, dans un débat qui sera probablement encore difficile, de faire avancer cet article constitutionnel. Comme je l'ai dit, il n'est pas aussi faible qu'on veut le faire croire et il devrait finalement permettre, à l'aube du cent cinquantième de l'Etat fédéral, de faire un petit pas en avant dans la reconnaissance sur le plan constitutionnel des relations entre les communautés linguistiques et dans la promotion du quadrilinguisme de la Suisse.

Schmid Peter (G, TG), Sprecher der Minderheit: Der Bundesbeschluss über die Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung (Art. 116 BV) hat einen langen Leidensweg hinter sich. Vor bald vier Jahren präsentierte der Bundesrat einen Entwurf, der es nach unserem Dafürhalten wert gewesen wäre, möglichst unverändert dem Volk zur Abstimmung unterbreitet zu werden. Es stellte sich dann aber sehr bald heraus, dass die bundesrätliche Version, die gleichzeitig die Sprachenfreiheit gewährleisten und bestimmte Sprachen innerhalb ihrer Territorien schützen wollte, von den vorberatenden Kommissionen und im Parlament als in sich widersprüchlich empfunden wurde. Die einen befürchteten, eine verfassungsmässig garantierte Sprachenfreiheit würde mit der Zeit die Verbreitungsgebiete einer Sprache durchlöchern und schrumpfen lassen; und die anderen sahen im Territorialprinzip eine unzulässige Beschneidung der Sprachenfreiheit des einzelnen.

Und so ist es zu dem gekommen, was man in solchen Situationen irrtümlicherweise zu tun pflegt: Die gefährlichen Wörter werden aus dem Text herausgenommen, um ja nicht Missverständnisse heraufzubeschwören. Aber damit wird das spannungsvolle Verhältnis von Freiheit und Grenzen, wie es dem Leben allgemein und auch der Sprache eigen ist und stets wieder neu «bewältigt» werden sollte, zu einem Text verharmlost, dem man kaum mehr Verfassungswürdigkeit zusprechen kann.

Es mag sein, dass die ursprüngliche Fassung des Sprachenartikels, der doch einige Ansprüche an die Bürgerinnen und Bürger gestellt hätte, in der gegenwärtigen Zeit nicht durchzubringen wäre. Das hat meines Erachtens zwei Gründe:

1. Im Volk, aber nicht minder in der Politik scheint zurzeit wenig Bereitschaft zu bestehen, sich auf grundsätzliche Fragestellungen einzulassen. Wir kämpfen gegenwärtig mit so vielen vordringlicheren Problemen, dass ein Sprachenartikel als Luxus erscheint, bevor nicht das Loch in der Bundeskasse gestopft, bevor Klärung rund um den Transitverkehr geschaffen worden ist und die möglichen Folgen eines internationalen Handelsabkommens einigermaßen überschaubar werden. Was dann bestenfalls noch Platz hat, sind einige eher unverbindliche Bekenntnisformeln, die ihrer Substanz beraubt worden sind.

2. Es existiert ein Sprachproblem von viel umfassenderer Art. Es ist nicht allein fremdsprachlich bedingt. Wir haben Verständigungsprobleme, verstehen einander nicht mehr, auch wenn wir die gleiche Sprache sprechen. Es scheint uns immer weniger zu gelingen, anspruchsvolle Grundsatzfragen miteinander und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern so zu behan-

dein, dass die Botschaft wirklich durchkommt. Nicht zuletzt deshalb sind wir beim Kulturartikel ganz und bei der Antirasismusvorlage beinahe gescheitert. Mangelnder Wille zu gegenseitiger Verständigung führt einerseits zur Rechthaberei unter den politischen Parteien. Andererseits nimmt mit der Ratlosigkeit der Populismus überhand, wo dem Volk nach dem Mund geredet wird, statt dass man mit ihm in einen spannungsvollen Dialog tritt.

Beide Ursachen sind zurzeit nicht dazu angetan, dass grosse politische Würfe vom Parlament erwartet werden können. Weder löst dieses die dringenden Hausaufgaben, noch können sich die Regierungsparteien in den wichtigsten Grundpositionen auf dieselben Ziele einigen. Es ist zwar zu bedauern, dass unter diesen Voraussetzungen keine substantiellen Verfassungsartikel entstehen, aber ändern können wir es nicht.

Deshalb haben es die vorberatenden Kommissionen längst aufgegeben, uns Texte zu präsentieren, die allenfalls missverständlich ausgelegt werden könnten. Bleibt uns also nur noch, uns für das Mäuslein einzusetzen, das der Berg jetzt geboren hat. Da ist die Minderheit der Auffassung: Dies braucht der Totalrevision der Bundesverfassung nicht vorweggenommen zu werden.

Vergleichen wir doch einmal den heutigen Artikel 116 der Bundesverfassung mit dem neu zur Diskussion stehenden! Ersterer besteht aus zwei Absätzen, in welchen das Deutsche, Französische, Italienische und Rätoromanische zu Nationalsprachen der Schweiz erklärt sowie das Deutsche, Französische und Italienische als Amtssprachen des Bundes bezeichnet werden.

Der Vorschlag der Kommission möchte diesen Artikel nun folgendermassen ergänzen:

1. Bund und Kantone sollen die Verständigung und den Austausch unter den Sprachgemeinschaften fördern;
2. im Einvernehmen mit den betroffenen Kantonen soll der Bund Massnahmen zur Erhaltung und Förderung bedrohter Landessprachen unterstützen;
3. im Verkehr mit den Rätoromanen soll auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes werden.

Zum ersten Punkt: Natürlich scheint uns das hier vorgebrachte Anliegen richtig, und es soll dafür auch einiges getan werden. Es ist aber so, wie Frau Bundesrätin Dreifuss in der Kommission erklärt hat, dass diese Aufgabe ganz selbstverständlich aus dem bisherigen Sprachenartikel hervorgeht. Auch die vom Parlament gutgeheissene parlamentarische Initiative Robert zur Förderung der Zweisprachigkeit wird dazu einen Beitrag leisten.

Zum zweiten Punkt: Massnahmen zur Erhaltung und Förderung bedrohter Landessprachen ergeben sich ebenfalls ohne weiteres aus der Tatsache, dass der Bundesrat von vier Landessprachen spricht. Zudem besteht ja das Bundesgesetz über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache. Durch dieses Gesetz wird der Bund verpflichtet, Beiträge zu sprechen. Es ist von Sanierungsmassnahmen nie tangiert worden, also selbst in finanziell knappen Jahren bleibt diese Unterstützung unangetastet.

Zum dritten Punkt: Das Anliegen, das Rätoromanische – mindestens was den Verkehr zwischen dem Bund und dem Kanton Graubünden betrifft – in der Verfassung zu verankern, drängt auch nicht; es wird ebenfalls schon so praktiziert. Es ist allenfalls vorgesehen, dass Bern das Romontsch Grischun als Amtssprache verwenden soll, dass jedoch aus den verschiedenen Sprachregionen weiterhin in der dortigen Sprache nach Bern geschrieben werden kann. Man kann sich fragen, ob das Romontsch Grischun – eine Art Esperanto für alle Romanischsprechenden – wirklich hilft, die ursprüngliche Sprachsubstanz der Dialekte zu erhalten. Zudem ist die Frage einer einheitlichen rätoromanischen Amtssprache, was den Kontakt mit Bern betrifft, im Bündnerland selbst umstritten. Ob die rätoromanischen Sprachen diese Art Entwicklungshilfe brauchen, scheint mir persönlich fragwürdig.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass es in diesem revidierten Sprachenartikel nichts gibt, das nicht jetzt schon praktiziert wird. Wenn wir dies aber jetzt verfassungsmässig zementieren, ist es fraglich, ob wir überhaupt noch zu einem substantielleren Sprachenartikel kommen. Gerade weil uns die Vielfalt

des Geistes, der Kulturen und damit auch der Sprachen als deren Ausdruck am Herzen liegt, möchten wir einen besseren Sprachenartikel.

Ein Entwurf zur Totalrevision der Bundesverfassung wird laut Angaben des zuständigen Departementes bereits im Sommer 1995 vorliegen. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, sich weitere Gedanken über einen Sprachenartikel zu machen, der diesen Namen auch wirklich verdient. Eine vorgezogene Volksabstimmung zum Sprachenartikel könnte auch kontraproduktiv sein.

Im Namen der Minderheit und der grünen Fraktion empfehle ich Ihnen, den Antrag der Minderheit auf Aufschiebung dieses Geschäftes zu unterstützen.

Maeder Herbert (U, AR): Ein langer Weg – und man ist immer noch nicht am Ziel. Als der Nationalrat an seiner denkwürdigen Genfer Session (Herbstsession 1993) den Sprachenartikel verabschiedet hatte, schien das Ziel zum Greifen nahe. Doch der Ständerat mochte dem nationalrätlichen Vorschlag nicht folgen.

Die Diskussionen in den Kommissionen und im Plenum liessen deutlich werden, wieviel Zündstoff sich in einem Verfassungsartikel zur Sprachensituation ansammeln kann. Zündstoff, der weit in der Welt herum schon zu Spannungen, Konflikten, wenn nicht gar zu Bürgerkriegen geführt hat.

So hat unsere vorberatende Kommission schon zu Beginn aus dem bundesrätlichen Vorschlag, den ich noch immer für die beste Version halte, die Begriffe des Territorialitätsprinzips und der Sprachenfreiheit gestrichen. Man sah ganz einfach, dass diese Begriffe sehr verschieden interpretiert werden können und genau zu jenen Spannungen führen, die man vermeiden wollte.

Der von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitete und von Ihrer Kommission mit 13 zu 6 Stimmen akzeptierte Vorschlag ist so mager ausgefallen, dass ich ihm zuerst nicht beistimmen mochte. Lohnte es sich, dafür den ganzen Apparat einer Volksabstimmung in Gang zu setzen?

Nachdem ich in der Kommission den Antrag Robert noch unterstützte, den Sprachenartikel im Hinblick auf die angelauerte Totalrevision der Bundesverfassung an den Bundesrat zurückzuweisen, bin ich inzwischen von dieser Haltung abgekommen. Weshalb? In Gesprächen mit Rätoromanen habe ich gespürt, dass diese Rückweisung als Brückierung empfunden wird. Und wie könnte ich Mitbürger brückieren wollen, deren melodische Sprache ich stets als grosse Bereicherung unserer Schweiz empfunden habe?

Die LdU/EVP-Fraktion stimmt der Mehrheit zu. Sie will damit insbesondere ihre Sympathie zur bedrohten rätoromanischen Landessprache ausdrücken, sieht aber auch in Absatz 2 («Bund und Kantone fördern die Verständigung und den Austausch unter den Sprachgemeinschaften») eine sinnvolle Ergänzung unserer Bundesverfassung.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Was wären wir doch für ein armes, langweiliges Land, wenn von Genf bis St. Margrethen, von Chiasso bis Basel die gleiche Sprache gesprochen würde? Die Schweiz wäre nicht die Schweiz, wenn sie nicht vier Landessprachen hätte. Unsere Attraktivität, unser Reichtum liegen in unserer Mehrsprachigkeit und in der damit verbundenen kulturellen Vielfalt. Weltweit sind wir ein Musterbeispiel dafür, dass ein Staat friedlich funktionieren kann, ohne eine einheitliche Landessprache zu haben. Es gibt Länder, die auch mehrere Landessprachen haben, ich denke da an das neue Südafrika. Wir sind diesbezüglich kein Sonderfall.

Ein Sonderfall sind wir jedoch insofern, als wir es, in historischer Perspektive, mit einem frühen Beispiel von drei verfassungsmässig garantierten, gleichberechtigten Kultursprachen zu tun haben, denn unsere erste Bundesverfassung von 1848 enthielt bereits einen Sprachenartikel. Darin wurden das Deutsche, Französische und Italienische als Landessprachen bezeichnet. Keine Sprache hatte den Vorrang. 1938 kam dann das Rätoromanische dazu. Was sich immer positiv auf dieses friedliche Nebeneinander ausgewirkt hat, war die Tatsache, dass die Konfessionsgrenzen nicht identisch waren mit den Staatsgrenzen.

Es ist aber nicht nur wichtig und nötig, dass jede Schweizerin und jeder Schweizer seine Sprache sprechen kann und darf – auch die Minderheiten –, ebenso wichtig ist die Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachgebieten. Wir wollen nicht vier Sprachreservate, die streng voneinander getrennt sind, wir wollen keinen Gartenhag um unsere einzelnen Sprachgebiete machen. Es muss ein Austausch der Gedanken, ein Dialog, zwischen den verschiedenen Kulturen der Schweiz stattfinden. Nur durch Verständigung, nur durch den Dialog können in unserer Demokratie die anstehenden Probleme angegangen und gelöst werden.

Das ist auch ein Fazit aus der Arbeit der Verständigungskommission, die nach dem 6. Dezember 1992 eingesetzt wurde. Die dort formulierten 23 Empfehlungen, die von beiden Räten angenommen wurden, basieren zur Hauptsache auf Vorschlägen, wie diese Verständigung ohne grossen finanziellen Aufwand, ohne unüberwindliche organisatorische Einrichtungen zwischen den Sprachgruppen vollzogen werden kann.

Sie kennen die Beispiele: Die Medien informieren in allen Landessprachen, die Schulklassen werden ausgetauscht, es finden für Lehrkräfte Intensivwochen in einem anderen Landesteil statt. Es freut mich ganz besonders, dass diese Vorschläge nicht in irgendeiner bundesrätlichen Schublade landen, die GPK hat nämlich nachgestossen und dem Bundesrat den Auftrag erteilt, den Vollzug der Empfehlungen der Verständigungskommission zu kontrollieren. Der Bundesrat muss Bericht erstatten, wie er diese Vorschläge zur besseren Verständigung verwirklichen will.

Im Forschungsbereich wie auch im Entwurf zum Bundesgesetz über die Fachhochschulen redet man oft und gern von Technologietransfer. Zugegeben, der Technologietransfer ist für den Fortbestand des Wirtschaftsstandortes Schweiz lebensnotwendig. Der Sprachentransfer und der damit verbundene Kulturtransfer sind es aber auch. Denn ein Land, das in seiner Vielfalt eine Einheit bildet, die auf gegenseitiger Toleranz und Akzeptanz beruht, ist ein politisch starkes Land.

Daran müssen wir aber arbeiten. Wir dürfen unsere Mehrsprachigkeit nicht dem Zufall überlassen; das würden wir tun, wenn wir jetzt nicht an die Arbeit gingen. Es braucht Anstrengungen vom Bund und von den Kantonen, damit die vier Landessprachen erhalten bleiben. Ich denke da vor allem an das Rätoromanische. Die kleinste unserer Landessprachen hat Anspruch auf Gleichberechtigung.

Die Stellung des Rätoromanischen ruft dringend nach einer Verbesserung. Den Minderheiten – das ist eine alte Weisheit – muss man immer ein wenig mehr geben, als ihnen zahlenmässig, proportional zustehen würde. Nur so können sie bestehen. Die Schweiz hat bis heute Sorge zu ihren Minderheiten getragen, und es gibt eine nationale Verpflichtung einer bedrohten Landessprache gegenüber.

Der Antrag der Mehrheit der Kommission zum Sprachenartikel hat folgende Schwerpunkte: Er deklariert unmissverständlich Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch als gleichwertige Landessprachen, auch als Amtssprachen. Er zeigt auf, dass die Verständigung und der Austausch unter den Sprachgemeinschaften vom Bund und von den Kantonen gefördert werden müssen. Weder der Bund noch die Kantone dürfen sich dieser Verantwortung entziehen. Gleichgültigkeit würde sich rächen. Die Vielfalt müsste der Macht des Stärkeren weichen. Wenn eine Sprache bedroht ist, ist der Bund bereit, unterstützend zu wirken, aber nur im Einverständnis mit den Kantonen, also nicht von oben her diktierend, sondern in Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Die CVP-Fraktion unterstützt den Sprachenartikel in der von der Mehrheit beantragten Form; denn er ist pragmatisch und klar formuliert, ohne nichtssagende Floskeln. Er ist nichtinterpretierbar. Seine Stossrichtungen sind: erstens die Erhaltung der vier Landessprachen und die Aufwertung des Rätoromanischen als Amtssprache, als Teilamtssprache, und zweitens die Verbesserung des Verständnisses zwischen den Sprachgruppen.

Die Mehrheit der CVP-Fraktion ist gegen ein Aufschieben der Vorlage bis zur Totalrevision der Bundesverfassung. Aufschieben heisst auch immer Kapitulation. Wir sind hier in diesem Rat, um zu handeln, und nicht, um aufzuschieben. Auch wenn

die Beratungen in den Kommissionen und im Plenum mühsam waren, dürfen wir uns nicht rückwärts aus der Verantwortung schleichen. Wir rühmen uns, ein kulturell vielfältiges und viersprachiges Land zu sein. Also gehört es auch zu unserem Auftrag, die Sprachverhältnisse in Staat und Gesellschaft wirklichkeitgerecht und zukunftsweisend zu regeln. Ebenso gehört es dazu, die Förderung des Austausches und der Verständigung unter den Sprachgemeinschaften festzuschreiben. Die CVP-Fraktion bittet Sie, den Sprachenartikel jetzt zu behandeln und die Vorlage nicht aufzuschieben.

Scheurer Rémy (L, NE): N'oublions pas le point de départ du sinueux cheminement de la révision de l'article 116. A l'origine était le romanche; et c'est au romanche qu'il faut revenir, maintenant que nous en sommes à la troisième et dernière délibération en plénum.

Le groupe libéral constate qu'il n'y a pas de divergence irréductible entre la version actuelle de l'article 116 décidée par le Conseil des Etats et celle proposée par notre commission. Mais les différences, même dans la forme, sont encore trop nombreuses pour que l'on puisse arriver dès aujourd'hui à l'entière conformité des deux textes. Il est probable que, même après une troisième délibération du Conseil des Etats, on doit recourir aux bons offices d'une conférence de conciliation.

Dans cette perspective, notre groupe émet deux recommandations. Premièrement, il tient beaucoup à la conservation de l'alinéa 2 qui traite de la compréhension entre les communautés linguistiques. Il y tient parce que la compréhension interconfédérale est le ciment de la Confédération. Il y tient parce que cet alinéa ouvre la voie à la réalisation de la plupart des projets contenus dans le rapport des Commissions de la compréhension.

Deuxièmement, à l'alinéa 3, notre groupe préférerait, à la formulation «en accord avec les cantons», la formulation «à la demande des cantons». Pour le reste, il préfère la rédaction de notre commission à celle du Conseil des Etats, qui est d'une application très difficile, sinon impossible au cas des parlers rhéto-romans.

En tout état de cause, le groupe libéral est d'avis que le dialogue avec le Conseil des Etats, commencé à Genève en septembre 1993, doit être poursuivi. Notre Conseil avait repoussé alors une proposition de renvoi. Il n'y a pas de bonne raison d'accepter aujourd'hui une proposition de report, d'autant moins que la probabilité est faible, sinon nulle, d'avoir à discuter d'un projet de révision totale de la constitution d'ici à décembre 1996. Si ce projet, comme c'est très vraisemblable, était repoussé à plus tard encore, quelle allure aurions-nous de reprendre en 1996 un article dont nous aurions pu traiter dès maintenant?

De plus, l'article 116 n'est pas un cadeau que le Parlement de cette législature doit faire à celui de la prochaine législature. Nous avons déjà dit qu'avec sa version initiale de l'article 116, le projet du Conseil fédéral avait ouvert la boîte de Pandore. Il existe encore une possibilité de la refermer, saisissons-la le plus tôt possible! Certes, concrètement et dans l'immédiat, le texte proposé par notre commission ne concerne que quelques dizaines de milliers de personnes qui perpétuent dans les Grisons une diversité, source pour elles de bien des difficultés, mais source de richesse culturelle pour notre pays. Le respect de la diversité culturelle, le respect de la solidarité confédérale, le respect des minorités nous font un devoir de donner une bonne issue à l'article 116, même si nous pouvons craindre que le remède soit insuffisant.

En conclusion, le groupe libéral s'opposera au report et acceptera l'article 116 tel qu'il nous est proposé.

Bezzola Duri (R, GR): Im Namen der gesamten FDP-Fraktion, aber auch als Vertreter der rätoromanischen Minderheit bitte ich Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag und den Antrag Maspoli (Zustimmung zum Beschluss des Ständerates) abzulehnen.

Wir alle sind stolz auf die Viel- und Viersprachigkeit, auf unsere vier Kulturen. Um diese einmalige Vielfalt in unserem Land zu fördern und um die gefährdeten Minderheiten zu erhalten, zu

fördern und zu retten, muss auch der Sprachenartikel ohne weitere Verzögerung angepasst werden.

Heute geht es – ich hoffe, das letzte Mal – um eine Differenzbereinigung. Die Förderung der Viersprachigkeit in unserem Land ist in erster Linie Sache des Bundes. Gemäss Antrag der WBK sollen Bund und Kantone die Aufgabe erhalten, die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften zu fördern. Dies wird unseren nationalen Zusammenhalt stärken. Weiter soll der Bund im Einvernehmen mit den betroffenen Kantonen Massnahmen zur Erhaltung und Förderung bedrohter Landessprachen unterstützen. Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen ist gerade für das bedrohte Rätoromanische von entscheidender Bedeutung.

Ferner soll das Romanische im Verkehr mit dem Bund den Status einer Teilamtssprache erhalten. Dies wird das Ansehen und die Würde der romanischen Sprache erhöhen und den Willen zu deren Erhaltung stärken.

Der Ständerat will unter anderem die Mehrsprachigkeit «auf Begehren der Kantone» fördern und unterstützen. Die Mehrheit der WBK will die Kompetenz des Bundes in eine Verpflichtung umwandeln. Dies ist ein wesentlicher Unterschied. Dazu kommt, dass das Romanische nun endlich auf Verfassungsebene zur Amtssprache des Bundes im Verkehr mit der Rätoromanschia erhoben werden soll. Das schulden wir den Rätoromanen – 57 Jahre nach 1938, als das Romanische als Landessprache anerkannt worden ist.

Der Ständerat degradiert mit seiner Formulierung die Kantone zu Bittstellern. Unsere Kommission empfiehlt mit «im Einvernehmen mit den betroffenen Kantonen» die viel klarere, zwingendere Formulierung.

Eine Kommissionsminderheit – wir haben das gehört – verlangt, die Vorlage aufzuschieben, «bis der Bundesrat dem Parlament den Entwurf zur Totalrevision der Bundesverfassung unterbreitet hat; längstens aber bis Dezember 1996».

Auch wenn der Bundesrat seine ehrgeizige Zielsetzung im Zusammenhang mit der Totalrevision einhalten kann, was ich bezweifle, ist es dringend notwendig, den Sprachenartikel jetzt als eigenes Thema vorzulegen. Ein Übungsabbruch – darauf käme es heraus, wenn dem Minderheitsantrag stattgegeben würde – bedeutete, dass wir nicht willens sind, eine gefährdete sprachliche Minderheit zu erhalten, zu fördern und zu unterstützen. Es würde verhindert, dass die dringend notwendige Diskussion über die Sprachenvielfalt in unserem Land – aus dem Parlament ins Volk – verlangt werden könnte; ein Übungsabbruch käme einer Kapitulation gleich.

Psychologisch wäre das vor allem für die gefährdete rätoromanische Minderheit verheerend. Die Zeit drängt, nicht zuletzt auch aufgrund der unerfreulichen Zahlen der Volkszählung 1990, die gegenüber derjenigen von 1980 einen Rückgang der Romanischsprechenden ergab.

Das Verhalten des Ständerates ist für mich unverständlich. Seit neun Jahren wird an einem neuen Sprachenartikel gearbeitet, gefeilt, aber er wurde auch abgespeckt. Das Territorialitätsprinzip und die Sprachfreiheit sind nicht mehr im Sprachenartikel enthalten. Weitere Abstriche, wie sie in der Kommission zur Diskussion gestellt wurden, z. B. Beschränkung auf Absatz 4, wurden von der Kommission auch klar und deutlich – mit 12 zu 5 Stimmen – abgelehnt.

Wir sind stolz auf unsere Vielsprachigkeit. Die Viersprachigkeit ist für unser Land eine Bereicherung, sie kann aber auch Belastung sein, und Belastung kann nun einmal auch etwas kosten. Kollega Schmid Peter – er ist im Moment nicht im Saal –: Es geht hier nicht um Entwicklungshilfe, die Viersprachigkeit in unserem Land geht uns alle an; wir tragen alle eine sehr grosse Verantwortung.

Im Namen der klaren Mehrheit der FDP-Fraktion bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen, den Minderheitsantrag abzulehnen und den Antrag Maspoli ebenfalls.

Comby Bernard (R, VS): J'interviens également au nom du groupe radical-démocratique. Sans doute la langue exprime-t-elle le mieux l'identité culturelle d'un peuple. Mais la révision de cet article constitutionnel ne doit en aucun cas conduire à la guerre des langues, faut-il le rappeler.

La paix et l'entente entre les communautés linguistiques et culturelles qui composent notre pays ne sauraient être garanties par un article constitutionnel. Toutefois, il est important de dire à ceux qui combattent cette version de la majorité de la commission du Conseil national que cet article n'est pas un luxe inutile, comme le prétendent à tort ceux qui veulent renvoyer cette affaire aux calendes grecques, et font finalement peu de cas des minorités linguistiques et culturelles de ce pays.

J'aimerais brièvement attirer votre attention sur quatre points:

1. Les cantons bilingues de ce pays ont conscience que la cohabitation de deux communautés linguistiques sur leurs territoires constitue un ferment de richesse et de force. Le bilinguisme, avec les valeurs culturelles et les traditions qu'il véhicule, confère à ces cantons leur originalité et leur identité. A fortiori, on peut en dire de même de l'ensemble de la Suisse multiculturelle et plurilingue. Le Conseil fédéral a par conséquent raison de vouloir promouvoir plus activement encore à l'avenir le quadrilinguisme dans ce pays. Mais les minorités linguistiques et culturelles méritent des attentions et des égards dépassant largement le droit strict établi selon le principe de la proportionnalité. C'est donc dans cet esprit qu'il faut interpréter l'article qui est issu des travaux de la commission. Ces mêmes minorités revendiquent avec force le respect du droit à la différence. Je pense en particulier à nos amis romanches et tessinois.

2. Le principe de la territorialité auquel je suis très attaché ne doit pas avoir la même importance juridique pour toutes les situations linguistiques, et donc pas non plus pour tous les cantons. Dans une région bilingue comme le Valais par exemple, on doit admettre que la territorialité des langues ne soit pas un principe absolu et qu'il existe des dérogations dans les régions limitrophes. Je pense par exemple à des expériences menées il y a quelques années et qui se poursuivent à Sierre ou à Sion, où il y a des classes de langue allemande dans une région francophone: cela ne pose pas de problèmes. Alors, de grâce, il ne faut pas créer des problèmes là où ils n'existent pas!

3. Je salue les mesures proposées par la Confédération en faveur du rhéto-roman, afin d'éviter qu'il ne devienne plus qu'un simple objet de folklore. Mais de grâce, évitons de tomber dans ce qu'on pourrait appeler le «piège de l'acharnement thérapeutique». Il faut bien sûr que la volonté de survie soit d'abord exprimée et défendue par les premiers intéressés eux-mêmes. Je crois qu'ils l'ont fait abondamment déjà dans cette salle ou ailleurs. Je me rallie d'ailleurs aux propos tenus notamment par M. Bezzola.

4. Le Conseil fédéral a certes eu tort d'inscrire en priorité dans son projet le principe de la liberté des langues, alors que dans ce domaine très sensible, le principe de la territorialité des langues revêt une importance capitale pour les minorités culturelles. De ce point de vue, la version du Conseil fédéral n'était pas satisfaisante; elle a été améliorée depuis. Mais la version décidée par le Conseil des Etats, aujourd'hui soutenue par M. Maspoli, manque de nuances et pourrait dans certaines régions mettre en cause la paix des langues. A mon avis, il eût été préférable de mentionner d'abord le principe de la territorialité des langues en y formulant des réserves pour les régions bilingues notamment, et en y affirmant sous certaines conditions le principe de la liberté. Mais la version proposée par la majorité de la commission du Conseil national constitue un progrès indéniable pour les minorités linguistiques et culturelles de la Suisse.

C'est la raison pour laquelle je vous invite, au nom du groupe radical-démocratique, à voter en faveur des propositions de la majorité de la commission, et à repousser les autres propositions.

J'aimerais toutefois terminer en attirant votre attention sur le problème de l'intégration européenne. Je pense pour ma part que, paradoxalement, c'est une politique active d'intégration européenne qui permettra à la Suisse de renforcer son tissu interne multilingue et pluriculturel. C'est en effet à la lumière de cette nouvelle donne politico-culturelle, dans un esprit d'ouverture et de respect, qu'il faut interpréter et appliquer cet article 116 tel qu'il est proposé par la majorité de la commission du Conseil national.

Je vous invite donc à suivre la majorité, dans l'intérêt d'une meilleure compréhension et d'un meilleur respect du pluralisme culturel dans ce pays.

Leemann Ursula (S, ZH): Die SP-Fraktion bittet Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu folgen, den Minderheitsantrag auf Verschiebung und auch den Antrag Maspoli (Zustimmung zum Beschluss des Ständerates) abzulehnen.

Die Formulierung der Kommissionsmehrheit ist als Minilösung bezeichnet worden, und vielleicht kann sie in der Tat nicht gerade Begeisterungsströme auslösen. Aber sie zeigt einen gangbaren Weg in dieser etwas verfahrenen Geschichte auf.

Ich denke, wir müssen uns zwei Fragen stellen, wenn wir über Verschiebung oder Nichtverschiebung beschliessen. Zunächst einmal: Können wir hoffen, dass in einem späteren Zeitpunkt wirklich eine bessere, eine gute substantielle Lösung gefunden werden kann, eine Lösung, die alle befriedigt und alle praktischen Probleme löst? Mir scheint klar, dass es auch in einem späteren Zeitpunkt kaum eine solche Lösung geben wird. Wir müssen den Mut haben, uns selber einzustellen und nach aussen offen darzulegen, dass es die beste Lösung, die gute Lösung, in dieser Form kaum geben wird.

Auch die ursprüngliche bundesrätliche Fassung, die in ausgewogener Weise Sprachenfreiheit und Territorialitätsprinzip umfasste, hätte nicht alle Probleme gelöst. Die beiden Begriffe bedürfen der Interpretation. Es gibt eine viel zu grosse Zahl von möglichen Konfliktsituationen, von unterschiedlich verlaufenden Konfliktlinien, als dass dies mit zwei Sätzen in der Bundesverfassung ein für alle Male geregelt sein könnte. Die Grundprinzipien sind, auch ohne explizite Nennung, uns allen klar. Es geht um die Menschenwürde und das Zusammenleben. Schliesslich kann nur gesagt werden: Wenn Pragmatismus und Toleranz – oder man könnte auch sagen: der gesunde Menschenverstand – herrschen, lassen sich in den zwei- oder mehrsprachigen Regionen die praktischen Probleme mit oder ohne Bundesverfassungsartikel lösen. Wenn es aber an diesem gesunden Menschenverstand und am guten Willen fehlt, wird uns auch die beste Verfassungsvorlage nicht davor behüten, dass Konflikte ausgetragen werden müssen. Wenn der Wille zur Lösung nicht besteht, werden die Gerichte sprechen müssen. Es wird zu einer Störung des Zusammenlebens kommen. Da bringt uns schliesslich die genaue Formulierung auch nicht weiter.

Ein unausgewogener Artikel aber, so, wie er vom Ständerat vorgeschlagen worden ist, der nur eine Seite dieses Spannungsbogens berücksichtigt, wäre eine Katastrophe, weil er in die falsche Richtung weisen würde. Wir hätten nicht nur beim Abstimmungskampf, sondern auch bei den künftigen Auseinandersetzungen mehr Mühe denn je.

Eine weitere Frage ist: Lohnt es sich, mit dem jetzt beantragten Artikel vor das Volk zu gehen? Können wir nicht nach dem vorher Gesagten beim heutigen Zustand bleiben?

In der jetzigen Situation – nachdem all die Hoffnungen geweckt wurden und da die Notwendigkeit, die Verständigung in unserem Land, die Identitätsfindung in unserem Land zu stärken, unbestritten ist – sollte es kein Zurück mehr geben.

Das Bekenntnis zur Verständigung und das Bekenntnis zur Förderung des Rätoromanischen sind doch etwas wert – wie auch die Kommissionssprecher gesagt haben –, sie sind bedeutend mehr wert, als dies von den Befürwortern der Verschiebung angetönt worden ist. Die Verschiebung wäre eine Absage an den Verständigungswillen und an die Rätoromanen. Es wäre auch eine Absage an den Glauben an die innere Stärke unseres Landes – eine Absage, die wir uns heute eigentlich nicht leisten sollten. Diese innere Stärke ist genau aus der Komplexität, aus der Vielfalt der Kulturen und auch aus der Vielfalt der Probleme heraus genährt. Sie erfordert den Willen zur Zusammengehörigkeit. Wenn wir nicht in der Lage sind, wenigstens etwas zu unternehmen, dann ist es eine Absage, die sich rächen wird. Wer die innere Stärke aber hat, wer um sie kämpft und sie erringt, der braucht sich nicht ängstlich gegen aussen abzuschirmen.

Stehen wir also zu dieser Komplexität und zu unserem Willen, damit umzugehen, die innere Stärke zu verteidigen und aufzubauen! Dann werden wir auch daran wachsen.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und die anderslautenden Anträge abzulehnen.

Brügger Cyrill (S, FR): Die bisherige Übung betreffend die Revision des Sprachenartikels, Artikel 116 der Bundesverfassung, hat eines ganz klar zutage gefördert: Sprachenpolitik ist ein äusserst sensibler Bereich. Wer sich auf dieses glatte Parkett begibt, unterliegt der Gefahr, früher oder später auszurutschen. Mit der ständerätlichen Fassung würden wir in der Volksabstimmung ganz gewiss auf die Nase fliegen. Indem der Ständerat von den beiden Grundpfeilern eines modernen Sprachenartikels nur das Territorialitätsprinzip, nicht aber die Sprachenfreiheit in das Grundgesetz aufnehmen will, bleiben unzählig viele praktische Fragen offen. Diese könnten, weil es verschiedene Interessenlager gibt, zu unterschiedlichen Interpretationen führen – ein wahres Tummelfeld für die schon jetzt erwachten Heisssporne in der Sprachenpolitik.

Die gegenwärtige Diskussion in der Sprachenfrage in meinem Kanton zeigt es deutlich: Mit einem Verfassungsartikel ist es bei weitem nicht getan. Ein solcher hat höchstens deklamatorischen Charakter. 1990 hat das Freiburgervolk mit grossem Mehr, nachdem acht Jahre lang an einer möglichen Fassung herumgebastelt worden war, einem Sprachenartikel in der Kantonsverfassung zugestimmt – im Glauben, nun hätten die bisweilen äusserst hart geführten Auseinandersetzungen endlich ihr Ende gefunden. Weit gefehlt! Denn nun entbrannte bei der konkreten Ausgestaltung des Anwendungsgesetzes die eigentliche Diskussion erst recht, zumal der neue Artikel einseitig nur das Territorialitätsprinzip stipuliert.

Heute, viereinhalb Jahre später, haben wir zunächst einen mühsam erarbeiteten Bericht von 120 Seiten, der gegenwärtig in den Printmedien hüben wie drüben so recht zerzaust wird und von dem bald nichts Brauchbares mehr übrigbleibt. So hat die «Communauté romande du pays de Fribourg» mit Enttäuschung und Empörung vom Bericht Kenntnis genommen und verlangt schlicht und einfach dessen Vernichtung.

Ich zitiere kurz aus dem Pressecommuniqué dieser bedeutsamen kulturellen Interessengemeinschaft von Welschfreiburg: «Primo, la Communauté romande du pays de Fribourg refuse d'entrer en matière sur le rapport élaboré de la commission d'étude présidée par le conseiller d'état M. Schwaller.

Secundo, la Communauté romande demande au Conseil d'Etat de classer purement et simplement le rapport dans l'intérêt de la paix des langues.

Tertio, elle indique qu'elle fera connaître en temps opportun sa détermination sur l'application honnête de l'article 21 de la Constitution cantonale.»

Emotionen gehen hoch und gefährden den einigermaßen intakten Sprachenfrieden. Von Anwendungsgesetz ist überhaupt nichts in Sicht. Inzwischen geht das Leben in diesen gemischtsprachigen Gemeinden weiter, und die betroffene Bevölkerung ist heilfroh, wenn der Gesetzgeber sie noch möglichst lange in Ruhe lässt. Die pragmatischen, von der Tradition geprägten Konsenslösungen haben sich bewährt und garantieren weiterhin ein friedliches Neben- und Miteinander.

Wie der Teufel das Weihwasser fürchten ein Grossteil der Bewohner und vor allem verantwortliche Lokalbehörden an der Sprachgrenze Gesetze und Reglemente in der Sprachenfrage. Nicht umsonst hat der Syndic einer grossen Agglomerationsgemeinde in Freiburg in bezug auf die Sprachenfrage das Bonmôt geprägt «Celui qui légifère le moins, légifère le mieux». Und trotzdem, selbst als Vertreter einer solchen Region kann ich heute zusammen mit meiner Fraktion dem Antrag der Mehrheit der Kommission zustimmen. Warum?

1. Die von der Mehrheit beantragte Version ist eine Minimallösung. Sie ist in diesem Sinne für mich eine Art Schadenbegrenzung.

2. Sie nimmt weder auf das Sprachgebietsprinzip noch auf die Sprachenfreiheit Bezug. Ein Anwendungsgesetz sollte auf dieser Grundlage keine Probleme bereiten. Blockierende Emotionen sind in der Vernehmlassung nicht zu erwarten.

3. Eine mutigere Lösung mit mehr Fleisch am Knochen ist von einem zukünftigen Parlament wohl kaum zu erwarten; das ist eine Illusion. Immer wird es am nötigen Mut fehlen, die heissen Eisen in der Sprachenfrage anzufassen. Deshalb kann es im

Interesse des Sprachenfriedens liegen, die Übung mit dieser Minimallösung abzuschliessen – immer unter der Voraussetzung, dass der Ständerat sich unseren Vorschlägen anschliesst.

4. Eine bedrohte Landessprache erhält damit zumindest moralische Unterstützung.

5. Für die Volksabstimmung sind keine Grabenkämpfe zu erwarten, die den einigermaßen intakten Sprachenfrieden gefährden könnten.

6. Eine Volksentscheidung in der Sprachenfrage könnte für die in Aussicht gestellte Totalrevision der Bundesverfassung in einer heiklen Frage willkommene Vorarbeit leisten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auch im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Fehr Lisbeth (V, ZH): Namens der Mehrheit der SVP-Fraktion bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen und auch den Antrag Maspoli abzulehnen.

Sie haben die erlebnisreiche Geschichte dieses Artikels gehört, und ich möchte sie nicht nochmals wiederholen. Wir haben an diesem Artikel herumgebastelt, ihn amputiert, gestrafft und neu gegliedert. Das Resultat ist dieser zahnlose Vorschlag. Es ist verständlich und erstaunt nicht, dass einige Leute an diesem fleischlosen Knochen keine Freude mehr haben. Aus dem Höhenflug ist eine bedauerliche Notlandung geworden. Der Antrag der Mehrheit unserer Kommission, den wir übrigens an einer gemeinsamen Sitzung mit der ständerätlichen Spezialkommission diskutierten, wurde auch von der Mehrzahl der anwesenden Stände – Damen und Herren – als zu leicht befunden. Man empfahl sozusagen Abbruch der Übung. Kurz: Es ist eine mittlere Unzufriedenheit festzustellen. Ich denke, wenn niemand mehr grosse Begeisterung für diesen Artikel an den Tag legt, so ist das kein gutes Omen, um eine künftige Volksabstimmung erfolgreich durchzuführen. Eine Volksabstimmung müssten wir aber unter allen Umständen gewinnen, denn der Schaden eines Scheiterns wäre enorm, würde den Sprachenfrieden im Lande gefährden und uns im Ausland deswegen in ein sehr schiefes Licht stellen.

Die heutige Zeit, das finanzielle Umfeld, spricht kaum für einen neuen Verfassungsartikel. Wir müssen ihn deshalb etwas aus der Schusslinie nehmen und auf die Totalrevision der Bundesverfassung verschieben. Wir vergeben uns damit nichts, aber wir riskieren auch keine Katastrophe wegen einer eventuellen Ablehnung durch das Volk.

Zum konkreten Anliegen der Rätromanen ist von Frau Bundesrätin Dreifuss erklärt worden, dass die heutigen Bestimmungen genügen, um die Hilfe an die rätomanische und auch an die italienische Sprache leisten zu können. Das ist für die Rätromanen zu wenig, das verstehe ich. Aber ein Scheitern der Vorlage in der Volksabstimmung wäre ein ungleich grösseres Unglück.

Darum bitte ich Sie, verschieben Sie die Angelegenheit und stimmen Sie dem Minderheitsantrag zu.

Gadient Brigitta (V, GR): Ich möchte hier speziell als Deutschbündnerin zu Ihnen sprechen. Der Kanton Graubünden findet, wie die Schweiz als Ganzes, seine Einmaligkeit und Identität nicht zuletzt in seiner sprachlich-kulturellen Vielfalt. Aber die Zukunft dieser Vielfalt, im besonderen der Vielsprachigkeit, hängt ganz entscheidend vom gegenseitigen Verständnis ab und von der Achtung, mit welcher man sich begegnet. Grundvoraussetzung dafür ist einerseits das Erwachen eines Sprachbewusstseins und andererseits die Freude an unseren anderen Landessprachen, vor allem auch am Rätomanischen. Dies ist, auch in Deutschbünden, keine Selbstverständlichkeit, erfordert es doch über alle Schranken hinweg Solidarität und gegenseitiges Verständnis.

Insbesondere auch bei der jungen Generation sind heute eine entsprechende Sensibilisierung festzustellen und aus dieser Entwicklung auch eine Erwartungshaltung mit Blick auf ein klares Förderungsbekenntnis durch den Bund.

Die Revision des Sprachenartikels, welche ja vorab auch der Aufwertung und besonderen Unterstützung des Rätomanischen dienen soll, nimmt dabei einen ganz zentralen Stellenwert ein. Nach dem bis heute erfolgten Hin und Her zwischen

den Räten stellt sich die Frage, ob es möglich sein wird, eine auf die Erhaltung und Förderung aller Landessprachen ausgerichtete Regelung zu finden und dabei der besonderen Situation des Rätomanischen gebührend Rechnung zu tragen, ohne unnötigerweise Missverständnisse und Konfliktpotenziale zu erzeugen. Diese Frage, wie die Schweiz mit der Mehrsprachigkeit und vor allem der Unterstützung und Förderung des Rätomanischen umgehen wird, gehört zum Kerngehalt des neuen Sprachenartikels.

Es gilt zu entscheiden, ob wir es wirklich verantworten können und wollen, auf den geltenden Bestimmungen der Bundesverfassung zu beharren, Bestimmungen, die der vielschichtigen sprachlichen Realität in keiner Weise mehr gerecht werden – und gerade darauf läuft der Antrag der Kommissionsminderheit hinaus.

Es darf doch nicht geschehen, dass wir uns der Aufgabe einer zeitgemässen Verfassungsregelung entziehen und eine Nulllösung beschliessen. Eine Nulllösung, die das Risiko fataler Missverständnisse in sich birgt, die es gerade zu vermeiden gilt. Vorab vom rätomanischen Teil unserer Bevölkerung würde dies ohne Zweifel nicht verstanden, ja als höchst unfair empfunden.

Der Antrag der Kommissionsmehrheit ist demgegenüber ein sinnvoller Kompromiss, der den verschiedenen Ansprüchen gerecht wird. Darum bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Borradori Marco (D, TI): Una prima constatazione si impone: il nuovo articolo costituzionale sulle lingue, come inizialmente pensato, è clinicamente morto. Viene tenuto in vita artificialmente solo per paura che il suo funerale si trasformi in uno schiaffo ai romanci, per i quali l'articolo era stato concepito. L'articolo è vittima dei nostri tempi, che privilegiano il pragmatismo e la politica dei piccoli passi e penalizzano le visioni, belle fin che si vuole ma sovente avulse dalla realtà. E così si sta partorendo un articolo costituzionale che è diverso da quello attuale solo perché valorizza molto di più il retoromancio, facendolo giustissimamente assurgere a lingua ufficiale nei rapporti tra Confederazione e romanci.

E' un male questa mancanza di slanci, questa stabilità? Non lo credo affatto. Il testo attuale dell'articolo 116 della Costituzione federale definisce le lingue nazionali, compreso il romancio, offrendo già, in sé, una base legale necessaria e sufficiente per la tutela del quarto idioma. Per il resto la giurisprudenza del Tribunale federale completa utilmente l'arsenale di lotta per la salvaguardia della diversità linguistica nel nostro Paese. In queste condizioni, perché volere a tutti i costi un articolo esaustivo, preciso fin nei minimi dettagli, sulle lingue?

Certo, il diritto serve anche a fissare, a perpetuare delle norme. Vero in particolare sotto il profilo formale, molto meno vero però sul fondo, sotto il profilo materiale. Voler ancorare definitivamente le lingue nella costituzione è un po' come mettere una mano in un alveare e sperare di riuscire a ritrarla senza essere punti. Meglio, molto meglio rinunciare ad intrometterci nelle questioni linguistiche e lasciare libero spazio, laddove sarà necessario, al Tribunale federale. Meglio, molto meglio approvare un testo che rimuova formalmente le tensioni tra libertà di lingua e territorialità, e che lasci ai giudici il compito di interpretare di caso in caso quale principio deve prevalere in una determinata situazione. Se questo vuole dire relativizzare il problema linguistico, non vuole però affatto dire sottovalutarlo o ignorarlo. Perché di problema si tratta. Infatti, da noi le etnie convivono spesso senza conoscersi veramente o, peggio, senza sforzarsi di agire in tale direzione.

Intendiamoci: il fatto di convivere pacificamente è già un'impresa di non poco conto. Uno sguardo oltre i nostri confini ce lo dimostra, purtroppo. Ma sarebbe bello fare qualcosa di più. Il problema, per, è che un articolo costituzionale troppo ambizioso, comprendente la libertà di lingua e la territorialità, rischia di provocare una frattura massiccia e difficilmente sanabile all'interno del nostro Paese, tra latini e svizzero-tedeschi. Inutile mettere in pericolo la già fragile pace linguistica e correre il rischio concreto di risvegliare vecchi demoni che sono in agguato in ognuno di noi, aggiungendo nuove tensioni alle non poche già esistenti.

Meglio dunque ridimensionare gli obiettivi, rinfoderare le ambizioni e dare prova di saggezza – sottolineo saggezza – ripiegando sull'attuale testo con le aggiunte necessarie, e sacrosante, a favore del retoromancio. Pensiamo a cosa è accaduto pochi mesi fa, quando in votazione popolare è naufragata miseramente una disposizione che doveva consentire alla Confederazione di intervenire nel campo della cultura. Di fronte a questo scenario non si può che rabbrivire all'idea di quali dibattiti infiammati potrebbe accendere un articolo sulle lingue. Lingue che, non dimentichiamolo, costituiscono il fondamento e la manifestazione più immediata e più vicina alla gente della cultura.

Al nostro gruppo piace il testo approvato dalla Camera alta qualche mese fa, poiché vuole garantire le minoranze nei loro territori. Ottima cosa, per noi, e anche necessaria, dato che esclude ad esempio la creazione di scuole di lingua tedesca in Ticino. A questo proposito mi riallaccio a quanto detto tempo fa, sempre in questa sede, dal collega Maspoli. «Se la libertà di lingua fosse citata nell'articolo 116 della costituzione, alcuni germanofoni in Ticino si sentirebbero legittimati, con tutte le conseguenze, a considerare il tedesco lingua ufficiale anche a sud delle Alpi, e in breve tempo il tedesco dominerebbe l'italiano.» Niente di più vero, mi permetto di aggiungere io. È la legge del più forte, da cui purtroppo difficilmente si scappa.

Per questo, a nome del nostro gruppo, vi invito a sostenere la versione del Consiglio degli Stati, secondo la proposta che vi verrà fra poco illustrata dal collega Maspoli.

Per quanto riguarda la proposta della minoranza commissionale, la stessa, secondo noi, deve essere respinta. Noi non siamo tra coloro che credono che tra gli attuali dibattiti politici in Svizzera, quello sulle lingue sia da annoverare tra i più importanti. Anzi. Pensiamo a quanto ad esempio accade nell'ambito dell'occupazione, delle finanze federali, della droga, della criminalità e di altro ancora. Non parliamo poi di quanto accade fuori dai nostri confini, al cui confronto i nostri paiono veramente dei problemi «grassi». Malgrado ci, credo che un rinvio sia del tutto fuori luogo. Rimandare significa capitolare, abdicare, attendere, condannare in anticipo. Nove anni di lavoro serio vanno rispettati, e il rispetto lo mostriamo anche decidendo, senza tergiversare oltre.

Kern Armin (A, ZH): Ich spreche für die Fraktion der Freiheits-Partei. Die Freiheits-Partei unterstützt den Antrag der Minderheit. Der Sprachenartikel ist vor allem für die Kantone Graubünden und Tessin von grosser Bedeutung. Das Rätoromanische ist gefährdet, das ist unbestritten. Der Bund ist – zusammen mit dem Kanton Graubünden – gefordert, unsere vierte Landessprache zu erhalten.

Der Beitrag des Bundes ist gesichert, auch wenn der Sprachenartikel erst mit der Totalrevision der Bundesverfassung integriert wird. Die Bereitschaft des Volkes zur Annahme des Sprachenartikels ist bei einer Abstimmung zur Totalrevision der Bundesverfassung bestimmt grösser als im jetzigen Zeitpunkt. Es wäre bedauerlich, wenn der Sprachenartikel das gleiche Schicksal erleiden würde wie der Kulturartikel. Eine neunjährige Arbeit wäre dann umsonst gewesen. Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Bundi Martin (S, GR), Berichterstatter: Es erfüllt mich mit Genugtuung, dass sich der überwiegende Teil der Fraktionssprecher zugunsten der Mehrheit der Kommission ausgesprochen hat. Gestatten Sie mir nun noch einige Bemerkungen zu diversen Ausführungen der Votanten.

Einmal ist eingewendet worden, der Artikel, so, wie ihn die Mehrheit der Kommission beantragt, enthalte zuwenig Substanz. Ich muss aber noch einmal daran erinnern, dass er drei neue Elemente in die bisherige Formulierung des Artikels einfügt:

1. Er stipuliert erstmals, nicht wie der bisherige Artikel, nicht nur die Kompetenz, sondern klar die Verpflichtung von Bund und Kantonen, eine bedrohte Landessprache zu retten und sie zu fördern.

2. Er erhebt die von niemandem bestrittene Forderung nach besserer Verständigung unter den Sprachgemeinschaften zum verfassungsrechtlichen Prinzip.

3. Er verlangt eine neue Amtssprachenregelung, indem den Rätoromanen ermöglicht wird, mit dem Bund in ihrer Muttersprache zu verkehren.

Das ist also nicht nichts, Herr Schmid Peter, sondern das ist wesentliche Substanz.

Ein zweiter Einwand, der gemacht worden ist: Dem Romanischen könne auch anders, ohne einen neuen Verfassungsartikel, geholfen werden. Die Meinung, dass ein neues Beitragsgesetz für das Italienische und das Romanische genüge, kann nicht akzeptiert werden. Nach wie vor bliebe dabei die Rätoromania in der Rolle einer ewigen Bittstellerin. Ihre Vertreter müssten bei den jeweiligen Budgetdebatten laufend als Bettler auftreten, Brosamen erbitten, und sie müssten sich die bisherigen, versprochenen Beiträge immer wieder in Frage stellen lassen.

Heute geht es darum, dass einer Minderheit verfassungsmässige Rechte zugewilligt werden, wie sie in diversen internationalen Konventionen vorgesehen sind. So verlangt z. B. das Europäische Übereinkommen über den Schutz nationaler Minderheiten in seinem Artikel 9, dass ein Mitgliedstaat für eine nationale Minderheit den Zugang zu den Medien, auch zu den geschriebenen, erleichtert und damit den kulturellen Pluralismus gewährleistet. Es wird verlangt, dass im Rahmen des legislativen Systems, d. h. der Verfassung, angemessene Massnahmen, z. B. auch zur Presseförderung, ergriffen werden.

Das ist genau der Punkt, der ein vordringlichstes Desideratum der Rätoromanen berührt, die Schaffung einer eigenständigen und unabhängigen Tageszeitung, ein Projekt, das aber von allen möglichen privaten Seiten boykottiert wird und ohne staatliche Unterstützung nicht zu realisieren ist.

Wenn man nun heute wiederum das Territorialitätsprinzip und die Sprachenfreiheit beschwört, Herr Schmid, dann muss man einfach feststellen: Ganz am Anfang wäre die Kommission auch dafür zu haben gewesen, sofern man die Symmetrie dieser beiden Elemente beibehalten hätte; aber nachdem es unmöglich war, gegenüber den ständerätlichen Vorstellungen damit durchzukommen, mussten wir eine Lösung ins Auge fassen, die pragmatischer war. Vor allem bringt es – wie Herr Brügger Cyrill hier ausgeführt hat – bei der praktischen Ausgestaltung nichts als Schwierigkeiten mit sich, wenn die Elemente nur einseitig verankert sind.

Zur Teillamtsprache: Herr Schmid, Sie haben gesagt, diese brauche man auch nicht in der Verfassung zu verankern, man könne das ja praktizieren. Tatsächlich praktiziert das der Bund gegenüber der Rätoromania heute zum Teil aus eigenem Willen, aber er tut das nur, soweit es ihm angemessen erscheint. Von seiten der Angehörigen dieser Sprachgemeinschaft gibt es aber keinen rechtlichen Anspruch, mit dem Bund in der eigenen Muttersprache verkehren zu können. Das ist doch genau das, was höchst erforderlich ist, wenn eine Landessprache auch eine Landessprache sein soll. Das hat etwas mit der sogenannten Würde einer Sprache zu tun. Ich möchte Sie bitten nachzulesen, was darüber im Schreiben steht, das Sie heute auf Ihren Pulten liegen haben; es ist Ihnen von einer Vielzahl von rätoromanischen Mittelschullehrern zugestellt worden.

Der Rückweisungsantrag kann von seiten der Antragstellerin nicht ehrlich gemeint sein. In Wahrheit bedeutet er, dass der Sprachenartikel auf unbestimmte Zeit verschoben würde. Hinausschieben bis zum Vorliegen eines Entwurfes für die Totalrevision der Bundesverfassung würde auch Weiterverschieben bis zur Beratung und schliesslichen Volksabstimmung über eine neue Bundesverfassung bedeuten.

Sie wissen, mit welcher Begeisterung an eine solche Revision herangegangen wird. Sie wissen auch, dass man immer wieder betont hat, dass es in erster Linie um eine redaktionelle Bereinigung gehe, dass man substantiell nicht sehr viel hineinbringe, höchstens Elemente einer Regierungs-, Parlaments- und Justizreform – und damit wird es wahrscheinlich sein Bewenden haben. Mit einem Sprachenartikel würde man in diesem Zusammenhang das Nachsehen haben.

Welches wären die Folgen einer Verschiebung oder eines Abbruches der Übung? Einmal sicher eine gewaltige Enttäuschung und Resignation im rätoromanischen Volksteil. Im Hin-

blick auf die personellen Kräfte, die tagtäglich eine aufreibende Arbeit an der Front leisten, um zu retten, was noch zu retten ist, hätte der Entscheid eine verheerende Wirkung, nämlich Frustration und Mutlosigkeit. Der Glaube an die schweizerische Solidarität wäre dahin. Die Vorstellung, dass Rechte, die in internationalen Konventionen zum Schutze von Minderheiten vorgesehen sind, bei uns im konkreten Fall nicht zum Zuge kommen sollten, wäre höchst beschämend.

Es würde, zweitens, auch bedeuten, dass man die Chance nicht wahrnimmt, aktuelle Fragen unserer schweizerischen Sprachenpolitik mit unserem Volke in einem breiten Dialog auszudiskutieren. Die Volksabstimmung über diesen Sprachenartikel ermöglicht eine solche Diskussion, und im Moment, da dieser Artikel auf die Kernpunkte Minderheitenschutz, Verständigung und Amtssprache beschränkt ist, hat er meines Erachtens die besten Chancen, angenommen zu werden.

Ich würde also, Frau Fehr, eher von einer mittleren Zufriedenheit sprechen, denn diese pragmatische Lösung steht genau in der Mitte zwischen den Maximalforderungen, die auch schon gestellt worden sind, und den Minimalforderungen gemäss dem letzten ständerätlichen Beschluss. Das Schweizervolk wird also die Gelegenheit haben, erneut ein klares Bekenntnis zum nachhaltigen Erhalt der schweizerischen Viersprachigkeit abzugeben.

Helfen Sie mit, diese Wegrichtung einzuschlagen, indem Sie den Antrag der Minderheit überzeugt ablehnen und damit dem Ständerat signalisieren, dass wir einen Schritt weiterkommen und nicht einfach kapitulieren oder resignieren wollen.

Caccia Fulvio (C, TI), rapporteur: Je m'occuperai avant tout de la principale critique entendue ce matin, selon laquelle la proposition de la commission serait un article minimal, un «os sans viande». C'est, à mon avis, l'exercice de masochisme le plus évident auquel j'aie assisté dans cette salle depuis sept années que je suis ici.

Je n'ai jamais entendu ce type de jugement sur l'article constitutionnel après les premières décisions prises par le Conseil des Etats. Et pourtant, celui qui a éliminé le plus de «viande» du projet du Conseil fédéral, c'est le Conseil des Etats, mais pas le Conseil national. D'ailleurs, après les décisions du Conseil des Etats, le pays, les commentateurs politiques, les journalistes étaient presque tous satisfaits.

Examinons ce qui s'est passé. Qu'avait de particulier l'article constitutionnel figurant dans le projet du Conseil fédéral? Son alinéa 1er garantissait la liberté de la langue, et le Conseil des Etats l'a biffé. On n'a pas tellement discuté cette décision. Ensuite, l'alinéa 4 du projet du Conseil fédéral énonçait: «La Confédération et les cantons encouragent la compréhension entre les communautés linguistiques et la présence des quatre langues nationales dans l'ensemble de la Suisse.» Le Conseil des Etats a biffé la deuxième partie de la phrase «et la présence» C'est la deuxième suppression fondamentale faite par le Conseil des Etats. Personne ne s'est plaint de cette suppression, personne n'a repris le membre de phrase éliminé par le Conseil des Etats, et personne n'a osé reproposer la liberté des langues.

Qu'en est-il donc de cet article constitutionnel après ces amputations chirurgicales du Conseil des Etats? La substance y est maintenue jusqu'à la proposition de la majorité de votre commission. En effet, le noeud, c'est la protection des langues menacées, mais de ce point de vue, permettez-moi de dire que l'alinéa 3 du projet du Conseil fédéral n'était pas non plus un chef-d'oeuvre à ce propos. Quand il disait qu'il fallait veiller «à sauvegarder et à promouvoir les quatre langues nationales dans leurs territoires de diffusion protéger les langues nationales qui sont menacées dans un territoire donné», cette insistance sur le territoire était avant tout en contradiction partielle avec la partie de l'alinéa 4 qui a été éliminée.

En plus, pour les minorités vraiment minoritaires dans ce pays, je pense aux Romanches, aux Tessinois, ou mieux aux italophones, cette limitation ne convient pas. M. Bezzola a répété que 30 pour cent des Romanches vivent en dehors du territoire de diffusion de cette langue, et que plus de 50 pour cent des italophones de Suisse vivent en dehors de la Suisse ita-

lienne. Si on veut vraiment protéger les langues minoritaires, on ne peut pas se borner à le faire dans les territoires de diffusion. Un musée, un institut romanche, à Coire, serait une institution en dehors du territoire de diffusion du romanche. Vous ne pouvez pas dire que cela heurterait la sensibilité et les équilibres du canton des Grisons.

Revenons à la proposition de la majorité de la commission. Un article constitutionnel est fait pour définir des compétences, éventuellement des devoirs liés à des compétences. La proposition de la majorité de la commission contient donc tous les domaines d'application prévus par la première décision du Conseil des Etats. Elle contient toutes les compétences prévues à l'intention de la Confédération, il y en a même davantage, parce que le Conseil des Etats voulait absolument priver la Confédération de toute compétence. La majorité de la commission du Conseil national ose encore proposer un accord avec les cantons, ce qui signifie que si le Conseil fédéral a des préoccupations, il peut les exprimer aux cantons intéressés. Tous les domaines, toutes les compétences sont présents, seul le principe de territorialité est absent, mais, je le répète, il reste les compétences des cantons.

Monsieur Borradori, le canton du Tessin connaît depuis longtemps le principe de territorialité, qui existe depuis des dizaines d'années. A Muraltio, il y a eu une école allemande, et personne ne s'en est jamais aperçu. Elle n'a jamais troublé le sommeil des Tessinois et la paix linguistique au Tessin.

A propos du minimalisme de cet article constitutionnel, rappelons-nous qu'en 1938, on a demandé au peuple de voter sur un mot, un mot à ajouter dans l'article 116, soit celui de «romanche», aux trois autres langues nationales. Je pense qu'il y avait quand même une sensibilité, en 1938, qui mérite d'être soulignée. Je me rallie à une remarque de M. Comby à propos de la paix linguistique que l'on n'assure pas avec un article constitutionnel, mais par un engagement qui va bien au-delà. Il faut, à ce propos, revenir à la volonté et à la sensibilité politiques démontrées en 1938. Il faut se rappeler que nous devons accepter de vivre et de gérer les affaires politiques dans un des pays les plus compliqués du monde. C'est un pays avec quatre langues, avec deux religions qui se sont combattues lors du «Kulturkampf». C'est un pays dont le peuple bénéficie des droits populaires les plus étendus du monde, avec un système de gouvernement collégial qui est le plus difficile du monde.

Un pays tel que celui-ci ne peut se gouverner qu'avec beaucoup d'attention, de sensibilité, d'équilibre, donc de culture politique. C'est au moins depuis le début de l'Etat fédéral que nous essayons de faire un exercice de culture politique particulière. Rappelons-nous que dans ce domaine tellement délicat, qui est celui de la paix linguistique, de la cohabitation des langues, il faut faire la démonstration de cette culture politique, de cette sensibilité, de cet équilibre, de cette attention, surtout à l'égard des minorités, des minorités vraiment minoritaires du pays. La proposition de la minorité, la bagatellisation qui a été faite de l'article constitutionnel concerné reflètent, à mon avis, la négation de cette culture politique sur laquelle repose la vie de ce pays.

Schmid Peter (G, TG), Sprecher der Minderheit: Ich möchte aufgrund der Äusserungen, die gefallen sind – auch auf unseren Antrag –, doch noch einmal festhalten: Wir sind nicht gegen die Minderheiten. Wir haben betont, dass alle diese Anliegen jetzt schon erfüllt sind. Wir befürchten einfach, dass der abgeschwächte Artikel zur Folge hat, dass das berechnete sprachliche und verständnismässige Anliegen zu kurz kommt. Also gerade weil wir dem Sprachenproblem sehr grosse Bedeutung beimessen, möchten wir einen besseren Sprachenartikel.

Wie die Abstimmung, die wir jetzt durchführen, auch herauskommt, der Ständerat wird dann noch darüber befinden müssen. Wir sind durchaus bereit, nachher im Rahmen des Gegebenen und des Abgestimmten wieder mitzuarbeiten und zu schauen, dass aus dem Ganzen vielleicht noch etwas Sinnvolles wird.

In dem Sinne möchte ich mich einfach dagegen verwahren, uns zu unterstellen, wir hätten etwas gegen das Rätoromanische oder gegen Fremdsprachen. Diese Anliegen sind uns

auch sehr wichtig, aber wir meinen, über den einzuschlagenen Weg kann man durchaus verschiedener Meinung sein.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Permettez-moi de remercier d'abord les deux rapporteurs de votre commission: ils ont mis sur la table tous les éléments d'appréciation qui sont importants pour la décision à prendre.

A la suite des débats difficiles qui ont déjà eu lieu, de la longueur de ce processus, de l'importance vitale, existentielle de notre façon de répondre aux besoins d'une minorité linguistique et de fixer les règles du jeu de la vie commune, j'ai soumis au Conseil fédéral l'état de la discussion actuelle. Je lui ai soumis une proposition de prise de position et j'aimerais, très rapidement, pour ne pas allonger la discussion, vous dire quelle décision le Conseil fédéral a prise le 12 décembre dernier, également en prévision de votre débat.

Le premier point que le Conseil fédéral a discuté et décidé concerne une révision de la loi fédérale du 24 juin 1983 sur les subventions aux cantons des Grisons et du Tessin pour la sauvegarde de leur culture et de leurs langues. Cela correspond d'ailleurs à un engagement que nous avons pris avec la motion Plattner 94.3233 présentée au Conseil des Etats. Sur la base constitutionnelle actuelle, la décision a été prise de modifier cette loi dans l'espoir de pouvoir prendre en compte davantage les besoins, en particulier de la minorité romanche, qui ont été présentés d'une façon aussi précise que convaincante, à mes yeux, par M. Bundi et d'autres personnes qui sont intervenues au nom de la minorité grisonne.

Je puis dire par ailleurs qu'à la suite de cette décision du 12 décembre 1994, une procédure de consultation a eu lieu auprès des cantons et des organisations intéressées. Les réponses nous sont parvenues et j'espère pouvoir soumettre au Conseil fédéral dans les toutes prochaines semaines un projet de loi.

Mais ce projet de loi n'est pas une alternative à une modification de l'article constitutionnel. Il repose, comme la loi actuelle de 1983, sur une base constitutionnelle existante, mais dont vous me permettrez de souligner une fois de plus à quel point elle est maigre et fragile. En effet, elle ne fixe que deux choses: la première, c'est la définition des langues nationales; la deuxième, c'est la définition des langues officielles parmi lesquelles le romanche ne figure pas. Voilà la seule base constitutionnelle que nous avons pour poursuivre ce qui, pour certains, paraît être une course contre la montre, c'est-à-dire le soutien à une langue minoritaire effectivement menacée.

Vous comprendrez que le Conseil fédéral ne pouvait pas continuer à assister à la difficile naissance d'un nouvel article constitutionnel sans agir. C'est en collaboration avec les cantons du Tessin et des Grisons que nous voulons aller de l'avant. Il est nécessaire d'avoir une base constitutionnelle plus explicite, également pour rassurer les minorités linguistiques. Nous tenons à avoir un alinéa 5 qui précise que le romanche est langue officielle pour les rapports que la Confédération entretient avec les citoyens romanches.

Il appartient aux cantons, mais en premier à la Confédération, d'encourager la compréhension et les échanges entre les communautés linguistiques parce que nous, Confédération, sommes responsables de ce ciment confédéral dont, parfois, on se demande s'il a encore la solidité voulue, et d'une façon alors très explicitement subsidiaire en accord avec les cantons concernés. M. Caccia a très clairement dit que cela ne signifiait rien d'autre que la possibilité pour la Confédération d'exprimer les soucis qui pouvaient être les siens, de faire des suggestions. Il ne s'agit pas de prendre des initiatives dans ce domaine qui ne seraient pas en accord profond avec les cantons concernés auxquels la responsabilité principale incombe. Nous voulons avoir inscrit dans la constitution la possibilité d'encourager les mesures visant à sauvegarder et à promouvoir les langues nationales menacées.

La proposition de la majorité de votre commission correspond donc à un immense progrès par rapport à ce que nous avons aujourd'hui dans la Constitution fédérale. Elle correspond aux vœux de la minorité linguistique la plus menacée. Elle ne fait pas courir le risque d'une relance ou du début d'une guerre linguistique dont nous ne pouvons certainement pas nous

payer le luxe. C'est donc une bonne proposition. Cela n'est pas un os sans viande. C'est ce que le constitutionnaliste doit faire: une proposition sobre, qui ne fait pas de déclarations non suivies d'actions, mais qui fixe des bases pour les actions qui doivent être menées.

A sa séance du 12 décembre 1994, lorsque j'ai rendu compte des difficultés de la naissance du nouvel article constitutionnel, le Conseil fédéral a apporté son plein soutien à la proposition de la majorité de votre commission.

En tant que collègue, le Conseil fédéral a réitéré ce que j'avais eu l'occasion de dire, c'est-à-dire qu'il rejette avec la même détermination la décision du Conseil des Etats qui, elle, serait justement déséquilibrée, en partie déclamatoire et qui risquerait de relancer la guerre des langues. La position du Conseil fédéral ne laisse pas de doutes quant au soutien qu'il apporte à la proposition de la majorité de la commission et au rejet de la décision du Conseil des Etats.

Il reste d'autres possibilités, comme une formule encore plus mince qui ne présenterait que le caractère officiel du romanche dans les relations entre la Confédération et la population de langue rhéto-romane. Cette proposition tellement minimaliste pose effectivement la question de savoir – si on devait en arriver là au bout de la procédure – s'il ne vaudrait pas mieux alors donner plutôt une chance à la révision totale de la constitution. Mais nous n'en sommes pas là. Vous avez une bonne proposition sur la table. Si vous lui donnez un appui massif, vous donnez une chance au Conseil des Etats de s'y rallier. Je vous invite donc à vous rallier à la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

127 Stimmen
21 Stimmen

Art. 116

Antrag der Kommission

Abs. 1

Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind die Landessprachen der Schweiz.

Abs. 2

Bund und Kantone fördern die Verständigung und den Austausch unter den Sprachgemeinschaften.

Abs. 3

Im Einvernehmen mit den betroffenen Kantonen unterstützt der Bund Massnahmen zur Erhaltung und Förderung bedrohter Landessprachen.

Abs. 4

Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit den Rätoromanen ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes. Die Einzelheiten regelt das Gesetz.

Abs. 3bis, 5

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Maspoli

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 116

Proposition de la commission

Al. 1

Les langues nationales de la Suisse sont l'allemand, le français, l'italien et le romanche.

Al. 2

La Confédération et les cantons encouragent la compréhension et les échanges entre les communautés linguistiques.

Al. 3

En accord avec les cantons concernés, la Confédération encourage les mesures visant à sauvegarder et à promouvoir les langues nationales menacées.

Al. 4

Les langues officielles de la Confédération sont l'allemand, le français et l'italien. Le romanche est langue officielle pour les rapports que la Confédération entretient avec les citoyens romanches. Les détails sont réglés par la loi.

Al. 3bis, 5

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Maspoli

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Maspoli Flavio (D, TI): Abbiamo sentito poc'anzi, a questa tribuna, sfilare tutti i protettori delle minoranze, tutti i protettori del quadrilinguismo, tutti i protettori delle peculiarità elvetiche, e personalmente, nessuno me ne voglia, ho sentito dire delle fesserie immense, che mi portano ad una rabbia tale che meglio farei a non parlare. Ma non parlare vorrebbe dire accettare tacitamente quanto è stato detto a questa tribuna.

Allora noi in Svizzera abbiamo quattro lingue: grande scoperta, molto probabilmente non è di oggi. E' un po' che le abbiamo, queste quattro lingue, è un po' che le parliamo queste quattro lingue, chi più e chi meno. E queste quattro lingue si sono mantenute perché? Ma indoviniamo un po' come mai hanno fatto queste quattro lingue a superare tutti gli scogli del tempo. E la risposta più semplice, che anche un bambino di tre anni è in grado di dare è, perché in Svizzera tedesca si parla il tedesco, perché nella Svizzera francese si parla il francese, perché in Ticino si parla l'italiano e perché, almeno in teoria, in una parte dei Grigioni bisognerebbe parlare il romantsch. Quando incominceremo a far sì che in Ticino si può parlare anche il tedesco, che nella Svizzera francese è d'obbligo parlare il romantsch e che chi va a Zurigo e è di lingua italiana può continuare tranquillamente a parlare l'italiano, succederà quello che la collega Grossenbacher non vuole, e cioè, che da Pedrinete – non Chiasso, Pedrinete è il paese più a sud del Ticino – fino a Basilea si parlerà la stessa lingua, nel senso che non se ne parlerà più una, si parleranno diverse lingue male piuttosto che una bene. E il quadrilinguismo qui morirebbe, questo sarebbe la fine del quadrilinguismo.

Mi disturba profondamente, collega Caccia, dover venire alla tribuna a combattere lei, che veniamo dallo stesso Cantone. Ma io proprio non riesco a capirla, questa volta. Perché chi sono i grandi apertori, a chi ci ispiriamo, quali sono i modelli di queste grandi aperture? I professori Bianconi, che traducono sulla carta le loro frustrazioni, sogni cartacei di frustrati «sesantottini» che non sono riusciti a realizzare un bel niente. Queste sono le persone a cui noi affidiamo, o affideremmo il nostro futuro, il futuro del nostro italiano? Grazie mille, grazie mille, sono veramente commosso.

C'è un altro motivo per cui oggi in Ticino si parla ancora l'italiano. Quando trent'anni fa c'è stata l'invasione pacifica, benevola, di confederati che parlavano il tedesco, l'italiano è stato minacciato, ma profondamente, proprio alle radici, perché si parlava più tedesco che italiano. Come mai – ecco, altra domanda a cui sarebbe utile rispondere – si è riusciti a salvare l'italiano? Semplice, perché la seconda generazione dei confederati di lingua tedesca ha dovuto frequentare le scuole in italiano e imparare l'italiano, e oggi parlano l'italiano né più, né meno che come lo parliamo noi. Se poi a casa loro parlavano il tedesco erano affari squisitamente personali di quella famiglia; i figli potevano crescere bilingui, senza però per questo minacciare la lingua del posto. Questo sembra che sia tremendamente difficile da capire, sembra che qui uno che fa un discorso del genere è un marziano. E a proposito di marziani, egregio collega Caccia, lei ha parlato della Deutschschweizer Schule di Muralto; una scuola che io conosco, ho conosciuto molto bene quando insegnavo al ginnasio di via Varesi di Locarno; e quando dopo la terza maggiore, forzatamente, i ragazzi che frequentavano quella scuola, erano costretti a venire al nostro ginnasio. Arrivavano e parlavano il tedesco male, parlavano lo Schwytzerdütsch e parlavano poche parole d'italiano, e lì, veramente, erano dei poveri marziani che si dovevano inserire con la forza, e con grande fatica si inserivano nella scuola pubblica ticinese. Ma la scuola svizzero-tedesca di Muralto aveva uno scopo preciso, era quello di dire: «Io mi fermo con la mia famiglia per tre o quattro anni in Ticino, non voglio che mio figlio o mia figlia o i miei figli perdano la lingua madre»; e dunque è giusto che frequentino la scuola in tedesco. Questa possibilità era loro data, da quanto ne so io, è data loro ancora, ma non era certo una soluzione duratura. E i ra-

gazzi che hanno frequentato quella scuola e hanno poi dovuto inserirsi nella scuola pubblica ticinese hanno conosciuto grandissime difficoltà.

Frau Leemann, Sie sprachen in Ihrem Votum von Hoffnungen, welche dieser neue Artikel, so, wie ihn die Kommission geschrieben hat, geweckt habe. Was sind das für Hoffnungen? Wer hat gehofft? Glauben Sie wirklich, dass das Volk heute Zeit hat, um Hoffnungen zu hegen, dass man morgen im Tessin auch solche Schulen eröffnen kann? Oder glauben Sie wirklich, dass das heute das Wichtigste ist?

Monsieur Comby, vous parlez des cantons bilingues! C'est juste d'avoir des cantons bilingues, mais là où il y a une tradition bilingue. Il ne faut pas en créer de nouveaux seulement parce que c'est gentil, seulement parce que c'est beau, seulement parce que cela pourrait faire plaisir à quelqu'un d'avoir de nouveaux cantons bilingues. Là où les cantons sont bilingues, il est juste de les maintenir; c'est une tradition et il ne me semble pas que, jusqu'à présent, ils aient créé des problèmes. Signora collega Grossenbacher, «Reservate», ma quali «Reservate»? I «Reservate» li crea questo articolo qui. Damit würden Sie dann wirklich Reservate herstellen: eine italienischsprachige Gemeinschaft im Kanton Zürich, das wäre ein Reservat, und zwar ein gefährliches Reservat!

Collega Bezzola, il romancio non lo parlo, mi scusi, ma veramente quello che ha detto lei mi ha toccato profondamente, mi ha deluso immensamente. Io ho sempre creduto che i grigionesi fossero dei combattenti, fossero delle persone legate al federalismo, e lei adesso viene a mendicare l'aiuto della Confederazione, di una Confederazione che mille volte le ha dimostrato di non essere per nulla sensibile ai problemi delle minoranze. E' il Canton Grigioni che deve salvare il romancio; semmai la Confederazione dia l'aiuto, ma non prenda in mano, per l'amor del cielo, la cosa, perché se no il romancio è già morto, collega Bezzola, è già morto.

Kollege Schmid Peter, Sie sprachen von Selbstverständlichkeit: Selbstverständlich ist in diesem Land heute nichts mehr, absolut nichts mehr. Es ist falsch, wenn Sie denken, es gebe noch Selbstverständliches.

Onorevole Consigliera federale, visto che lei tiene tanto alle minoranze, visto che lei tiene, a parole almeno, a salvaguardare le peculiarità di queste minoranze, perché non si è impegnata per dare al Cantone Ticino l'esposizione nazionale, perché non si impegnerà domani per far sì che l'italiano venga introdotto come lingua obbligatoria nella maturità federale? Questi sarebbero sistemi per far vedere che siete intenzionati a fare le cose giuste, e siete intenzionati a proteggere le minoranze con i fatti e non con le parole. Di parole ne abbiamo sentite abbastanza.

Bezzola Duri (R, GR): Signur president, stimada duonna cussigliera federala, stimadas damas e stimads signurs, oravant vulessa ingrazchar pel sustegn e per la gronda incletta chi han demuossa invers nossa situaziun speciala. Sco fingià manzunà e motivà in meis referat d'introducziun, giavüsch' eu eir in nom da la fracziun dal PLD da refusar la proposta da collega Maspoli.

La decisiun dal cussagl dals stadis nu po cuntantar, nüglia in ultim, parquai ch'id es darcheu integrate la componenta dal prinzip territorial. E quella a provochà grondas discusiuns ed eir grondas tensiuns. Eu giavüsch da sustgnair la proposta da la cumischium e da refusar la proposta da signur Maspoli. Per finir am vulessa s-chüsar pro las persunas respunsablas per la traducziun.

Ich bitte Sie, auch im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag Maspoli abzulehnen. Er entspricht der Version des Ständerates, und in der Version des Ständerates ist das Territorialitätsprinzip wieder integriert – dieses Prinzip hat bekanntlich lange Diskussionen und grosse Spannungen bewirkt, auch zwischen den verschiedenen Vertretern der Sprachgemeinschaften. Wir wollen ja nicht Sprachgebiete fördern, sondern Sprachgemeinschaften, auch Mehrsprachgemeinschaften. Damit verhindern wir den Aufbau von Sprachreservaten. Das ist heute einige Mal erwähnt worden. Wir müssen Lösungen in den Regionen finden, zusammen mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, vor allem mit jenen deutscher Sprache.

Mit der Revision des Sprachenartikels, so, wie es die Kommission vorschlägt, schaffen wir gute Voraussetzungen für die schwierige Arbeit vor Ort, in den Regionen, in den Sprachgemeinschaften. Mit dieser Revision senden wir auch wertvolle Signale an die Adresse des Ständerates.

Ich bitte Sie, den Antrag Maspoli abzulehnen und unbedingt der Kommission zuzustimmen.

Bundi Martin (S, GR), Berichterstatter: Ich glaube, es geht nicht darum, beim Antrag Maspoli noch einmal eine Grundsatzdiskussion über den ganzen Sprachenartikel aufzurollen; es geht auch nicht darum, eine Reihe von Detailproblemen, die er erwähnt hat und die vorab im Tessin bestehen, hier auszudiskutieren.

Ich muss Sie einfach bitten, diesen Antrag abzulehnen, weil die ständerätliche Fassung für uns eine zu minimale Lösung wäre, eine Lösung, die zu wenig Substanz hätte und auch redaktionell nicht optimal wäre.

In bezug auf das Territorialitätsprinzip muss ich noch eine kleine, aber wichtige Präzisierung anbringen: Es ist nicht so, dass der Ständerat in seiner Fassung das Territorialitätsprinzip allgemein eingeführt hätte, sondern er wollte es nur im Hinblick auf eine bedrohte Landessprache anwenden. Das heisst, es würde expressis verbis nur gegenüber dem Rätoromanischen gelten.

Nun muss man aber feststellen, dass sich dort die Räume derart überschneiden, dass man mit dem Territorialitätsprinzip allein nichts Sinnvolles machen kann, wenn es nicht auch noch durch die Sprachenfreiheit ergänzt wird. Da wäre es ein Unsinn, wenn man das Territorialitätsprinzip gerade dieser kleinsten Sprachminderheit aufzwingen wollte. Darum ist diese Lösung abzulehnen.

Schliesslich sind wir der festen Auffassung, dass die Verständigung unter den Sprachgemeinschaften als Verfassungsgrundsatz in der Bundesverfassung verankert werden soll. Ich möchte hierzu keine weiteren Ausführungen machen; Sie haben soeben die entsprechenden Hinweise von Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss gehört.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ablehnung des Antrages Maspoli.

Le président: Je vous informe que le groupe démocrate-chrétien rejettera la proposition Maspoli.

Caccia Fulvio (C, TI), rapporteur: Quelques remarques seulement à propos de la formulation de l'article constitutionnel tel qu'il est sorti des débats du 15 juin 1994 au Conseil des Etats: je pense que le minimum que l'on puisse dire, c'est que la formulation de la deuxième partie de l'alinéa 1er n'est pas acceptable. Il ne s'agit pas de préserver des territoires, des frontières, une aire linguistique. Le minimum que l'on doit faire, dans un article constitutionnel, c'est parler de communautés linguistiques et de langues, et non pas de territoires. Je pense que, de ce point de vue-là, il faut modifier cet article constitutionnel.

En tout cas, la commission est d'avis que cette décision du Conseil des Etats n'est pas acceptable. C'est la raison pour laquelle je vous propose une autre version que, du reste, vous avez largement soutenue avec le vote précédent.

Ma vengo un attimo al collega Maspoli. Lei qui ha ripetuto, come dire, uno scorcio di letteratura conosciuta sotto la forma di una cavalcata di Don Chisciotte, per quanto mi riguarda, nei miei confronti. Io non ho mai negato che la territorialità come strumento di politica linguistica possa avere una sua giustificazione. Mi rifiuto categoricamente di lasciare iscrivere la territorialità come strumento di politica linguistica della Confederazione. I cantoni sono liberi di introdurla, qualcuno di loro l'ha introdotta, lo stesso Canton Ticino, se conosce la Costituzione del Canton Ticino, l'ha introdotta, e quindi non vedo per quali ragioni vi dovrebbe essere la necessità di una tutela supplementare della Confederazione per insegnare al Canton Ticino a proteggere la sua lingua. Né mai ho chiesto, per nessuna minoranza, che si realizzino scuole in una lingua minoritaria in mezzo ad un territorio di un'altra lingua. Considero che è il modo migliore per mantenere radicati e quindi isolati e in un

ghetto i rappresentanti di quella comunità linguistica. E quindi, se ho citato il caso di Muralt, non è per farne un esempio da seguire, è per indicare un esempio da non seguire. Ma io credo che se c'è una forza, anche di una parte dei ticinesi, e di una parte dei ticinesi qui presenti, è il fatto che essere minoranza veramente minoritaria costringe ad essere multilingue, e questo, se all'inizio è uno sforzo da fare, alla fine è una ricchezza che contribuisce a questa coabitazione confederale. E quindi, se in questa direzione, in altre parti della Svizzera si possono realizzare delle scuole bilingui che possano aiutare a comprendersi meglio, credo che da questo punto di vista non avremmo che da rallegrarci, noi tutti qui, e credo l'intero Paese.

Maspoli Flavio (D, TI): Don Chisciotte combatteva contro i mulini a vento, ma aveva un pregio sui mulini a vento: credeva in quello che stava facendo. In questo senso accetto di essere un Don Chisciotte, perchè credo fermamente in quello che ho detto e in quello che ho fatto. Per ciò che concerne poi il multilinguismo, onorevole Caccia, penso che le ho dimostrato più volte che non sono certo uno che parla una lingua sola o che si fissa su una lingua. Ma ripeto, quando questo Consiglio prenderà la decisione fra un attimo, e ripeto, la cosa importante è che se oggi in Ticino parliamo ancora l'italiano, e lei questo non lo può negare, è perchè le seconde generazioni hanno dovuto frequentare le scuole di lingua italiana, e basta. Inoltre io sono convinto che il Consiglio degli Stati non accetterà la vostra proposta, e se andiamo davanti al popolo, le garantisco che neanche il popolo l'accetterà.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

115 Stimmen

Für den Antrag Maspoli

15 Stimmen

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Ostermann Roland (G, VD): A la suite de la décision théorique que nous venons de prendre, je propose que l'on passe à la pratique. Je demande donc que l'on encourage «la compréhension et les échanges entre les communautés linguistiques» en introduisant vraiment la traduction simultanée dans nos commissions.

Le président: Je ferais simplement observer à M. Ostermann que la décision de ne pas procéder à la traduction simultanée en commission a été prise par mesure d'économies.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

91.312

Standesinitiative Bern Bundesunterstützung für die Erhaltung und Förderung der Zweisprachigkeit Initiative du canton de Berne Soutien de la Confédération au bilinguisme

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1994

Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1994

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 16. November 1991

Gestützt auf Artikel 93 der Bundesverfassung fordert der Grosse Rat des Kantons Bern die Bundesbehörden auf, den mehrsprachigen Kantonen für die besonderen Leistungen zur Erhaltung und Förderung ihrer Mehrsprachigkeit eine Unterstützung des Bundes zu gewähren.

Bundesverfassung. Sprachenartikel

Constitution fédérale. Article sur les langues

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Januarsession
Session	Session de janvier
Sessione	Sessione di gennaio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.019
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.02.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	212-224
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 262

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.